

Aktuell = Actualité = Attualità

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **35 (1988)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kurzbericht nach Redaktionsschluss:

Schritt für Schritt voran...

Zehn Anträge an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, zwölf Empfehlungen an die Kantone und Gemeinden (s. Kasten) hat die von Bundesrätin Elisabeth Kopp anfangs 1987 eingesetzte Arbeitsgruppe zur Verbesserung des «Einsatzes des Zivilschutzes zur Nothilfe» formuliert und in Berichtform Ende April 1988 Öffentlichkeit und Presse vorgestellt.

Schrittweise Planung als Grundlage zur Verbesserung

ush. Dieser Bericht ist – so Bundesrätin Kopp – eine erste Stufe in einem ganzen Vorgehenspaket zur Verbesserung und Effizienzsteigerung des Instrumentes Zivilschutz, befasst er sich doch gemäss dem erteilten Auftrag nur mit dem Einsatz des Zivilschutzes im Falle einer technischen oder naturbedingten Katastrophe.

Für eine umfassende Lagebeurteilung des Zivilschutzes in seiner Gesamtheit – als der Katastrophenhilfe bei bewaffneten Konflikten wie auch zivilisatorisch oder naturbedingten Ereignissen – will Frau Kopp eine ganzheitliche Analyse des Zivilschutzes unter Einbezug der Würdigung aller Bedrohungslagen in einer zweiten Phase erarbeiten lassen.

Erst eine genaue Auflistung der möglichen Gefahren bzw. Bedrohungen zusammen mit der Analyse des Ist-Zustandes kann Schwachstellen aufzeigen und als Grundlage für die Planung von Verbesserungsmassnahmen dienen. So hat das Bundesamt für Zivilschutz den Auftrag erhalten, Vorschlä-

ge zu unterbreiten, welche übergeordnete Stelle mit der Ausarbeitung dieser Analyse betraut werden soll.

Keine Kehrtwendung

Eine Umkrepelung des Zivilschutzes – so erklärte Frau Kopp vor der Presse – etwa in Richtung reiner Katastrophenhilfe in Friedenszeiten ist jedoch keineswegs geplant, noch soll der föderative Charakter des Zivilschutzes, der ja bekanntlich «in den Gemeinden stattfindet», in Frage gestellt werden. Hingegen ist eine Verbesserung der Leistung, die der Bund den Kantonen und Gemeinden anzubieten hat, angestrebt. Das betrifft unter anderem Fragen der Ausbildung und der Alarmierung – Bereiche also, wo das zentralistische Planen sinnvoll ist und zur Effizienzsteigerung führt.

Zivilschutz unter der Bundeskuppel

Im Jahre 1989 wird der Bundesrat dem Parlament einen Zwischenbericht zur eidgenössischen Sicherheitspolitik vorlegen. Eines der Kapitel darin wird dem Zivilschutz gewidmet sein. Darin sollen sämtliche bereits vorhandenen und jetzt zu erarbeitenden Erkenntnisse über «Stand, Möglichkeiten, Entwicklungen und Grenzen des Zivilschutzes» enthalten sein, verspricht die Vorsteherin des EJPD.

Auch Nationalrat Dr. Felix Auer soll mittels besonderen Berichts bundesrätliche Antwort erhalten auf sein Postulat, worin er die Frage nach den «Verbesserungsmöglichkeiten des Zivil-

schutzes im Hinblick auf den Einsatz bei zivilen Katastrophen» stellt.

Das Jahr 1989 wird sich also, was den ganzen Zivilschutz betrifft, als grosses «Berichtsjahr» präsentieren. Die Aufträge sind erteilt, die Resultate werden erwartet...

Dazu meint der SZSV

Der Schweizerische Zivilschutzverband begrüsst als erstes das stufenweise Vorgehen zur Erstellung einer sorgfältigen Analyse über die Gesamtlage des Zivilschutzes. Er ist der Meinung, dass der Zivilschutz als Teil der schweizerischen Gesamtverteidigung – und damit dem sicherheitspolitischen Konzept der Schweiz als wesentliches Instrument zu «Rettung, Schutz und Hilfe der Bevölkerung» eingebunden – auch in dieser grösseren Dimension durchleuchtet werden soll.

Ein Katalog der modernen Bedrohungsformen ist unumgängliche Grundlage zur Standort- und Zukunftsbestimmung im Zivilschutz. Tschernobyl und Schweizerhalle – um bei den in unmittelbarer Vergangenheit gemachten Erfahrungen zu bleiben – waren Mahnmale. Beim SZSV hat man zwar grösste Bewunderung für die fantastischen Leistungen der modernen Technik – man ist sich aber auch der damit einhergehenden Gefahren bewusst; Gefahren, die einerseits in der überhöhten Technik von heute selbst liegen und andererseits aus der menschlichen Handhabung eben dieser Technik erwachsen können.

Im weiteren unterstützt der SZSV die im vorgelegten Bericht ausgearbeiteten Anträge an das EJPD und die Empfehlungen an die Kantone und Gemeinden. Er erachtet sie als machbar, sinnvoll und notwendig. Was die Machbarkeit angeht, so legt er Gewicht darauf, dass entsprechend den Worten auf der poli-

Anträge an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

Neufassen der Zweckbestimmung des Zivilschutzes in Artikel 1 des Zivilschutzgesetzes in Richtung der Aufwertung der Nothilfe und der Erweiterung des Katastrophenbegriffs.

Neufassen der gesetzlichen Bestimmungen über die Kostentragung beim Einsatz zur Nothilfe in Richtung vermehrter Kostenbeteiligung des Bundes.

Erlass der noch ausstehenden Vollzugsverordnung für den frühzeitigeren Übertritt bestimmter Offiziere zum Zivilschutz nach Artikel 52 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation als Sofortmassnahme.

Ändern (als mittelfristige Zielsetzung) der einschlägigen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Militärorganisation in der Weise, dass Hauptleute und Subalternoffiziere nach Vollendung des 50. Altersjahres grundsätzlich dem Zivilschutz zur Verfügung stehen.

Erlass einer Vorschrift über die permanente Kennzeichnung der öffentlichen Schutzräume und grösseren Schutzräume in öffentlichen Gebäuden.

Ändern von Artikel 76a des Zivilschutzgesetzes in der Weise, dass die Eigentümer und Besitzer von Schutzbauten die überzähligen Schutzplätze auch in Friedenszeiten unentgeltlich zur Verfügung stellen müssen, wenn die Behörden die Bevölkerung zum Aufsuchen der Schutzräume anweisen.

Erwirken zusätzlicher Kredite für eine raschere Gangart bei der Beschaffung des Zivilschutzmaterials seitens des Bundes.

Erlass einer Vorschrift über die periodische Bekanntgabe der Zuweisungsplanung an die ständigen Einwohner.

Einsetzen eines Gremiums des Stabes für Gesamtverteidigung zur Prüfung aller

mit der Warnung der Behörden und der Alarmierung der Bevölkerung sowie Verbreitung von Verhaltensanweisungen zusammenhängenden Fragen in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden. Als unerlässlich wird erachtet, dass in Friedenszeiten nur noch die Alarmierungszeichen «Allgemeiner Alarm» (Radio hören) und «Wasseralarm» (in der Nahzone von Talsperren) verwendet werden und dass die Kantone beim Aufbau kantonsweiter Sirenenfernsteuerungen unterstützt werden.

Einleiten von Abklärungen im Hinblick auf eine Anrechnung des letzten Landsturmurses als Einführungskurs Zivilschutz unter entsprechender Umgestaltung.

Empfehlungen an die Kantone und Gemeinden

Überprüfen und nötigenfalls Verbessern der Voraussetzungen für die Ausbildung der Vorgesetzten und Spezialisten, namentlich was die Zahl geeigneter hauptberuflicher Instruktoren und die Ausbildungsanlagen betrifft.

Schaffen der Voraussetzungen für Soforteinsätze zur Nothilfe durch Bildung von Einsatzelementen aus geeigneten, kurzfristig erreichbaren Schutzdienstpflichtigen.

Erlass kantonaler Vorschriften zur Gewährleistung des raschen Aufgebotes der Zivilschutzorganisationen zur Nothilfe.

Sicherstellen der jederzeitigen Verwendbarkeit der Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes entsprechend ihrer Zweckbestimmung oder als Zufluchtsorte für den Fall einer überraschend eintretenden Bedrohung.

Sicherstellen der jederzeitigen Verwendbarkeit von mindestens 50 Prozent der Fläche von öffentlichen Schutzräumen und Schutzräumen in öffentlichen Gebäuden als Zufluchtsorte für den Fall einer überraschend eintretenden Bedrohung.

Gewinnen der Hauseigentümer für eine beschleunigte Ausrüstung der bestehenden Schutzräume mit Liegestellen und Notaborten.

Selektive Heimabgabe der persönlichen Ausrüstung an Schutzdienstpflichtige.

Dezentrale Einlagerung des Zivilschutzmaterials an den Einrückungsorten.

Vorsorgliche Absprachen betreffend Zurverfügungstellung geeigneter Motorfahrzeuge.

Einbeziehen der Thematik der Hilfeleistung in Friedenszeiten in die jährlichen Übungen.

Sicherstellen der technischen Durchführung der Alarmierung durch Abstellen auf die bestehenden Pikettdienste der Feuerwehren oder der Polizei sowie Nutzung vorhandener Telefonalarmsysteme (SMT) zur regionalen oder kantonalen Ansteuerung der örtlichen Fernsteueranlagen und Einzelsirenen des Zivilschutzes im Sinne der Sofortmassnahme.

Beziehen der Medien im Zusammenhang mit Einsätzen zur Hilfeleistung in Friedenszeiten.

tischen Bühne auch in der Praxis das Mögliche unverzüglich, ohne «Wenn und Aber» und mit möglichst wenig Bürokratie in Angriff genommen wird. Als eigenen Beitrag zu den Bestrebungen um Verbesserungen im Zivilschutz

pflügt der SZSV die ihm aufgetragene Informationspflicht. Er unterstützt den Erfahrungs- und Meinungsaustausch derjenigen, die sich mit dem Vollzug von Massnahmen zu befassen haben, bemüht sich um neu zu schaffende

Kontakte und versucht auf diese Weise, als Drehscheibe und Brücke zwischen Öffentlichkeit und Verwaltung bzw. Regierung zu dienen. ▀

Bref rapport après la clôture de rédaction:

Progresser pas à pas...

Ce ne sont pas moins de dix propositions faites au Département fédéral de justice et police et douze recommandations adressées aux cantons et aux communes (voir nos encadrés), que le groupe de travail, institué par la Conseillère fédérale Elisabeth Kopp au début de 1987, a formulées pour améliorer l'«engagement de la protection civile dans les secours urgents». Les travaux accomplis par ce groupe ont été publiés à fin avril 1988 sous forme de rapport et présentés à la presse.

Une planification progressive, fondement d'amélioration

ush. Selon la Conseillère fédérale Kopp, ce rapport n'est que la première phase d'un train de mesures complet visant à améliorer et à augmenter l'efficacité de cet instrument qu'est la protection civile. Pourtant, conformément au mandat donné, ce rapport traite uniquement de l'engagement de la protection civile en cas de catastrophe technique ou naturelle.

Quant à l'appréciation générale de la situation de la protection civile, appréhendée dans sa globalité, en tant que secours en cas de catastrophe aussi bien lors de conflits armés qu'à l'occa-

sion de sinistres civils ou naturels, Madame Kopp entend faire élaborer, dans une seconde phase, une analyse globale de la protection civile, en tenant compte de l'appréciation de toutes les menaces possibles.

Seule une liste des dangers et des menaces possibles, établie en même temps qu'une analyse de la situation réelle, peut démontrer quels sont les points faibles de la PCi et servir de base pour planifier les mesures d'amélioration à prendre. C'est ainsi que l'Office fédéral de la protection civile a reçu le mandat de soumettre des propositions indiquant à quel organe supérieur il convient de confier l'élaboration de cette analyse.

Pas de volte-face

Ainsi que l'a expliqué Madame Kopp à la presse, il n'est pas question de réorganiser de fond en comble la protection civile pour en faire, en quelque sorte, un pur moyen de secours en cas de catastrophe. Il ne s'agira pas non plus de mettre en question le caractère fédératif de la protection civile, dont on sait qu'elle s'épanouit dans la commune. En revanche, il faudra s'efforcer d'améliorer les prestations que la Confédération

doit offrir aux cantons et aux communes. Cela concerne plus particulièrement les problèmes de l'instruction et de l'alarme, des domaines où il est indiqué de planifier de façon centralisée pour parvenir à augmenter l'efficacité.

La protection civile sous la coupole fédérale

En 1989, le Conseil fédéral soumettra au Parlement un rapport intermédiaire sur la politique de sécurité de la Confédération. L'un des chapitres de ce rapport sera consacré à la protection civile. Le chef du Département fédéral de justice et police a promis que ce rapport contiendrait toutes les connaissances déjà acquises ou à élaborer dès maintenant sur «l'état, les possibilités, les développements et les limites de la protection civile».

Le Conseiller national Félix Auer doit également recevoir une réponse à son postulat, par un rapport particulier du Conseil fédéral. Ce postulat pose la question «des possibilités d'amélioration de la protection civile, lors des engagements en cas de catastrophes civiles».

Ainsi, pour la protection civile dans son ensemble, l'année 1989 se présentera comme la grande «année des rapports». Les mandats sont donnés, attendons les résultats...

Ce qu'en pense l'USPC

L'Union suisse pour la protection civile souscrit en premier lieu à la procédure par étapes, visant à établir une analyse minutieuse de la situation générale de

Propositions élaborées à l'adresse du Département fédéral de justice et police

Aux termes de ces propositions, il s'agit de:

Réviser l'article premier de la loi sur la protection civile en vue de conférer une importance plus grande à la notion d'intervention en cas d'urgence et d'étendre la notion de catastrophe.

Réviser les dispositions légales réglant la répartition des frais qui découlent d'une intervention d'urgence, afin d'augmenter la participation financière de la Confédération en pareil cas.

Edicter, à titre de mesure prioritaire, l'ordonnance d'exécution de l'article 52 de la loi fédérale sur l'organisation militaire, afin de permettre le passage anticipé de certains officiers dans la protection civile.

Réviser, à moyen terme, certaines dispositions de la loi fédérale sur l'organisation militaire, afin que les capitaines et

les officiers subalternes puissent être incorporés dans la protection civile dès la fin de l'année où ils atteignent l'âge de 50 ans.

Edicter une disposition concernant le marquage, au moyen d'un signe fixé à titre permanent, des abris publics et des grands abris situés dans des bâtiments publics.

Modifier l'article 76a de la loi sur la protection civile, afin que les propriétaires et les possesseurs de constructions de protection mettent, également en temps de paix, les places protégées excédentaires à la disposition des autorités, lorsque celles-ci ordonnent à la population de gagner les abris.

Octroyer les crédits supplémentaires permettant à la Confédération d'accélérer son rythme d'acquisition du matériel de la protection civile.

Edicter une disposition contraignant les communes à communiquer périodiquement le plan d'attribution des places protégées aux personnes domiciliées sur leur territoire.

Charger une commission de l'état-major de la défense d'examiner, avec les cantons et les communes, toutes les questions concernant l'alerte des autorités, l'alarme de la population et la diffusion d'instructions. Il paraît indispensable de n'utiliser, en temps de paix, que le signal d'alarme générale (invitant la population à écouter la radio) et le signal d'alarme-eau (employé seulement dans la zone rapprochée des barrages). Il faut aussi que les cantons reçoivent un appui qui leur permette de développer leur installation cantonale de télécommande de sirènes.

Examiner la possibilité d'intégrer le cours d'introduction de la protection civile dans le dernier cours de landsturm.

la protection civile. L'USPC estime que la protection civile, en tant que participant à la défense générale et partant, à la conception de la politique de sécurité de la Suisse, doit être vouée au «sauvetage, à la protection et aux secours à la population» et également faire l'objet d'une analyse en fonction des grandes dimensions de ses tâches.

Pour la protection civile, il est indispensable d'établir un catalogue des formes modernes de menaces, cela permettra de fonder les analyses de situation futures et de prendre les dispositions en conséquence. Tchernobyl et Schweizerhalle ont constitué – si nous voulons en rester aux expériences du passé récent – des avertissements explicites. Certes, les membres de l'USPC

ont une grande admiration pour les prestations fantastiques que fournit la technique, mais ils sont conscients également des dangers qui en découlent, dangers qui sont inhérents à la technique surdéveloppée d'aujourd'hui et qui peuvent également être le résultat des manipulations humaines de cette technique.

Par ailleurs, l'USPC souscrit aux propositions élaborées à l'attention du DFJP et aux recommandations faites aux cantons et aux communes, que contient le rapport de fin avril. L'USPC les considère comme réalisables, judicieuses et nécessaires. S'agissant de leur exécution, l'USPC insiste sur le fait que, conformément aux paroles qui ont été prononcées sur la scène politi-

que, il sera possible en pratique d'entreprendre immédiatement ce que l'on peut déjà entreprendre, sans «oui mais» et avec aussi peu de bureaucratie que possible.

Soucieuse de fournir sa contribution propre aux efforts en vue d'améliorer la protection civile, l'USPC s'attache à accomplir son devoir d'information. Elle appuie les échanges de vues et d'expériences de ceux qui doivent s'occuper de mettre en œuvre les mesures de la PCi. Elle s'efforce de créer de nouveaux contacts et essaye de cette manière, de jouer un rôle de plaque tournante ou de pont entre le public et l'administration ou le Gouvernement. ▢

Recommandations destinées aux cantons et aux communes

Aux termes de ces recommandations, il s'agit de:

Examiner et, le cas échéant, améliorer la formation des cadres et des spécialistes, en augmentant, au besoin, le nombre d'instructeurs à plein-temps et en construisant les centres d'instruction qui font encore défaut.

Constituer des formations d'intervention composées de personnes judicieusement choisies et atteignables sans délai, afin de permettre à la protection civile d'intervenir rapidement pour porter des secours urgents.

Edicter des prescriptions cantonales permettant d'assurer la mise sur pied rapide de la protection civile en cas d'urgence.

Assurer, en tout temps, la possibilité d'utiliser les constructions de protection des organismes (postes de commande-

ment, postes d'attente) et les constructions du service sanitaire, d'une manière conforme à leur destination première, voire d'employer ces constructions comme des lieux de refuge, en cas de danger soudain.

Assurer, en tout temps, la possibilité d'utiliser au moins la moitié de la surface des abris publics et des abris situés dans des bâtiments publics comme des lieux de refuge, en cas de danger soudain.

Inciter les propriétaires d'immeubles à équiper rapidement les abris existants de lits et de toilettes de secours.

Remettre, à titre permanent, leur équipement personnel à certaines personnes astreintes à servir dans la protection civile (remise à domicile).

Répartir le matériel de la protection civile dans les différents lieux d'entrée en service.

Conclure, par mesure de précaution, des conventions portant sur la mise à disposition de véhicules automobiles appropriés.

Prendre en compte les problèmes liés aux secours urgents lors des exercices annuels.

Garantir, à titre de mesure immédiate, la transmission de l'alarme, en confiant cette tâche de transmission aux permanences du service du feu ou de la police et en reliant le système de mobilisation par téléphone (SMT) des corps de sapeurs-pompiers à un système de télécommande régional ou cantonal.

Convier, en temps de paix, les représentants de la presse à assister aux engagements de la protection civile en cas d'urgence.

Informazione in breve dopo la chiusura di redazione:

Procedere passo per passo...

Il gruppo di lavoro istituito dal Consigliere federale Elisabeth Kopp all'inizio del 1987 per un miglioramento dell'«Intervento della protezione civile per il soccorso urgente» ha formulato dieci proposte al Dipartimento federale di giustizia e polizia e dodici raccomandazioni ai cantoni e ai comuni. A tale proposito il gruppo ha presentato un rapporto all'opinione pubblica e alla stampa alla fine di aprile 1988.

La pianificazione graduale come base del miglioramento

Il Consigliere federale Elisabeth Kopp ha affermato che questo rapporto rappresenta la prima fase di un processo di miglioramento e di aumento dell'efficienza dello strumento protezione civile. Esso si occupa infatti, sulla base del compito affidato alla protezione civile, dell'intervento di questa istituzione in caso di una catastrofe tecnica o di origine naturale.

Per una valutazione globale della situazione della protezione civile nel suo insieme, come aiuto per le catastrofi in caso di conflitto armato o anche di eventi provocati dall'evoluzione tecnica o dalle forze naturali, la signora Kopp intende dare l'incarico di elaborare, in una seconda fase, un'analisi d'insieme della protezione civile, tenuto conto di tutte le possibili situazioni di catastrofe.

Un'enumerazione precisa dei possibili pericoli o delle possibili minacce, insieme all'analisi dell'attuale situazione effettiva, può mostrare i punti deboli e

servire di base per la pianificazione di misure di miglioramento. Quindi, l'Ufficio federale della protezione civile ha ricevuto l'incarico di proporre quale istanza superiore deve essere incaricata di svolgere questa analisi.

Nessun dietro-front

Come ha dichiarato la signora Kopp alla stampa, non è certamente previsto un totale mutamento della protezione civile nel senso di un puro aiuto per le catastrofi in tempo di pace. E naturalmente non è nemmeno il caso di mettere in discussione il carattere federalistico della protezione civile, che, come tutti sappiamo, si «realizza» nei comuni. L'obiettivo che ci si propone di raggiungere è piuttosto un miglioramento dei servizi che la Confederazione deve offrire ai cantoni e ai comuni. Ciò riguarda tra l'altro le questioni relative all'istruzione e all'allarme, settori cioè nei quali la pianificazione centralizzata ha un senso e porta a un aumento dell'efficienza.

La protezione civile in Parlamento

Nel 1989 il Consiglio federale presenterà al Parlamento un rapporto intermedio sulla politica di sicurezza a livello federale. Uno dei capitoli sarà dedicato alla protezione civile e conterrà anche tutte le indicazioni già esistenti e ancora da elaborare sullo «stato, le possibilità, l'evoluzione e i limiti della protezione civile», come ha affermato il capo del DFGP.

Anche il Consigliere nazionale Dr. Felix Auer otterrà la risposta al suo postulato con un rapporto particolare del Consiglio federale, destinato a trattare la questione delle «possibilità di miglioramento della protezione civile in rapporto all'aiuto in caso di catastrofi civili».

Il 1989 sarà quindi un anno estremamente importante, l'«anno dei rapporti» per la protezione civile. Gli incarichi sono stati impartiti, ora si attendono i risultati...

Il parere dell'USPC

L'Unione svizzera per la protezione civile accoglie molto favorevolmente questo processo graduale di analisi accurata della situazione globale della protezione civile. È del parere che la protezione civile, come parte della difesa integrata svizzera, e quindi collegata alla concezione della politica di sicurezza della Svizzera come uno strumento essenziale per il «salvataggio, la protezione e l'aiuto alla popolazione», debba essere esaminata a fondo in questa dimensione più ampia.

Un'enumerazione delle forme di minaccia moderne è la base fondamentale per determinare l'orientamento di base e quello futuro della protezione civile.

Cernobyl e Schweizerhalle, per citare solo le ultime esperienze in ordine di tempo, sono stati dei chiari segni d'avvertimento. L'USPC, pur ammirando i fantastici risultati della tecnica moderna, è anche pienamente consapevole dei possibili pericoli, pericoli che da un lato sono insiti nella tecnica attuale d'avanguardia e che dall'altra possono derivare dal modo in cui la gente utilizza appunto questa tecnica.

Per il resto, l'USPC sostiene le proposte avanzate dal rapporto al DFGP e le raccomandazioni indirizzate ai cantoni

Proposte al Dipartimento federale di giustizia e polizia

Riformulare la definizione dello scopo della protezione civile contenuta nell'articolo 1 della legge federale, nel senso di una rivalutazione del soccorso urgente e di un ampliamento del concetto di catastrofe.

Riformulare le disposizioni legali sull'assunzione delle spese in caso d'intervento per il soccorso urgente nel senso di una maggiore assunzione delle spese da parte della Confederazione.

Emanare l'ordinanza d'esecuzione per il passaggio anticipato di determinati ufficiali alla protezione civile, secondo l'articolo 52 della legge federale sull'organizzazione militare, come misura immediata.

Modificare (come obiettivo a medio termine) le disposizioni pertinenti della legge federale sull'organizzazione militare in modo che i capitani e gli ufficiali subalterni in linea di massima siano a dis-

posizione della protezione civile dopo il compimento del cinquantesimo anno d'età.

Emanare una norma sul modo di contrassegnare stabilmente i rifugi pubblici e i rifugi più grandi situati in edifici pubblici.

Modificare l'articolo 76 a della legge federale sulla protezione civile in modo che i proprietari e i possessori delle opere di protezione debbano mettere gratuitamente a disposizione della protezione civile i posti protetti eccedenti, anche in tempo di pace, se le autorità invitano la popolazione ad occupare i rifugi.

Cercare di ottenere crediti supplementari per provvedere più rapidamente alla fornitura del materiale della protezione civile da parte della Confederazione.

Emanare una norma sull'informazione periodica degli abitanti stabili in merito al piano d'attribuzione.

Nominare un organo dello stato maggiore della difesa integrata incaricato di esaminare tutte le questioni connesse con la messa in stato d'allarme delle autorità e l'allarme della popolazione nonché con la diffusione di istruzioni di comportamento, in collaborazione con i Cantoni e i Comuni. Si ritiene indispensabile che, in tempo di pace, vengano utilizzati solo i segnali d'allarme «Allarme generale» (ascoltare la radio) e «Allarme acqua» (in prossimità di sbarramenti) e che i Cantoni siano sostenuti per poter sviluppare le installazioni di telecomando per sirene su tutto il loro territorio.

Cercare di chiarire se è possibile considerare l'ultimo corso della Landsturm, opportunamente ristrutturato, come corso d'introduzione alla protezione civile.

e ai comuni. Le ritiene realizzabili, sensate e necessarie. Per quanto riguarda le possibilità di realizzazione, è dell'opinione che, conformemente alle parole pronunciate sulla scena politica, anche nella prassi debba essere realizzato senza indugio ciò che è possibile,

senza «se e ma» e con il minor impiego possibile della burocrazia. Come contributo personale agli sforzi di miglioramento della protezione civile, l'USPC si prefigge il dovere dell'informazione. Sostiene lo scambio di opinioni e di esperienze di quanti devono

occuparsi dell'esecuzione delle misure, fa tutto il possibile per stabilire sempre nuovi contatti e cerca così di fungere da piattaforma e da ponte tra l'opinione pubblica e l'amministrazione o eventualmente il governo. ▀

Raccomandazioni ai Cantoni e ai Comuni

Controllare e, se necessario, migliorare le premesse per l'istruzione dei superiori e degli specialisti, in particolare per quanto riguarda il numero degli istruttori in pianta stabile idonei e gli impianti destinati all'istruzione.

Creare le premesse per interventi immediati in materia di soccorso urgente costituendo elementi d'intervento composti di persone obbligate a servire nella protezione civile idonee e raggiungibili a breve termine.

Emanare istruzioni a livello cantonale destinate a garantire la chiamata rapida degli organismi di protezione civile per il soccorso urgente.

Assicurare la possibilità di utilizzare in ogni momento gli impianti di protezione degli organismi e del servizio sanitario conformemente al loro scopo oppure co-

me luoghi di rifugio in caso di minaccia improvvisa.

Assicurare la possibilità di utilizzare almeno il 50 per cento della superficie dei rifugi pubblici e dei rifugi situati in edifici pubblici come luoghi di ricovero in caso di minaccia improvvisa.

Cercare di convincere i proprietari di immobili ad equipaggiare rapidamente i rifugi esistenti con posti-letto e gabinetti di soccorso.

Consegnare a domicilio a determinati membri della protezione civile l'equipaggiamento personale.

Immagazzinare in modo decentralizzato il materiale della protezione civile nei luoghi d'entrata in servizio.

Concludere accordi preventivi per poter

avere a disposizione i veicoli a motore indispensabili.

Inserire negli esercizi annuali la tematica concernente le azioni di soccorso in tempo di pace.

Assicurare l'organizzazione tecnica dell'allarme ricorrendo ai servizi di picchetto, già esistenti, dei pompieri o della polizia nonché utilizzare i sistemi d'allarme telefonici già esistenti (SMT) per il funzionamento regionale o cantonale degli impianti locali di telecomando e delle singole sirene della protezione civile nel senso della misura immediata.

Chiedere la partecipazione dei mass-media in caso di interventi della protezione civile per prestare soccorso in tempo di pace.



Mehrzweck-Schutzraum-Liegestellen

... die Lösung!

Die EMA-TREGAL-Metall-Keller-Trennwände sind aus sendzimiervverzinktem (rostgeschütztem) Material hergestellt. Die nicht brennbaren Elemente für Regale und Trennwände lassen sich mit wenigen Handgriffen zu Liegestellen umbauen. Diese Liegestellen (TREGAL 87) sind schockgeprüft, vom Bundesamt für Zivilschutz abgenommen und mit der Prüfnummer 3151 versehen. Das TREGAL 87-System der Fischer System Technik, die perfekten Baukastenelemente mit grossem individuellem Spielraum in der Gestaltung für Lagergestelle, Raumtrennwände, Kellertrennwände, Regalwände für Büro, Werkstatt und Bastelräume sowie Garagentrennungen usw.



Technisches Büro, Ausstellung und Lager:
Hardstrasse 50, CH-4132 Muttenz
Telefon 061 61 99 09, Telex 968 061, Fax 061 61 15 10
Postadresse: Postfach, 4002 Basel

MISTRAL

Luftentfeuchter Mistral schützt Produkte und Einrichtungen

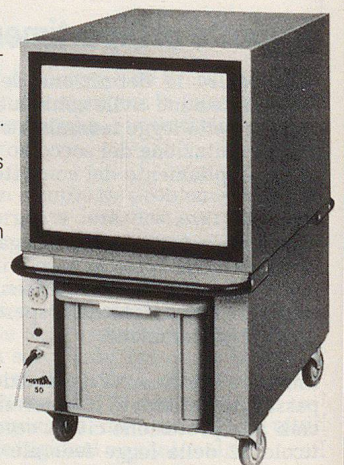
Wollen Sie im Keller, in der Werkstatt, im Archiv oder in einem Lager Erzeugnisse vor Feuchtigkeit schützen, so hilft Mistral. Der Luftentfeuchter Mistral erzeugt an jedem Ort ein ideales Klima und bewahrt vor Feuchtigkeitsschäden.

Mistral Luftentfeuchter gibt es in verschiedenen Grössen und Leistungsstärken. Sie sind zuverlässig, wartungsfrei und solide.

Herstellung in der Schweiz.

Bitte verlangen Sie mehr Information bei.

Roth-Kippe AG
Gutstrasse 12, 8055 Zürich
Tel. 01 461 11 55



roth-kippe ag

Roth-Kippe stellt auch Wäschetrockner, Heizgeräte, Luftbefeuchter und Luftreiniger her.

Das Nein zum Dienst am Nächsten

Einige Gedanken zur Verweigerung der Zivilschutzdienstpflicht

Wesen und Wirken des Zivilschutzes

«Schützen, retten betreuen», so wird die Tätigkeit des Zivilschutzes umschrieben; sein Hauptauftrag ist es, im Kriegsfall einem grösstmöglichen Teil der Bevölkerung das Überleben zu ermöglichen und die unabdingbaren Voraussetzungen für das Weiterleben zu

Bericht von Dr. André Moosbrugger, Oberstlt Astt 380.0, Chef des Rechtsdienstes des Erziehungsdepartements Kt. Aargau

schaffen. Daneben kann auch der Zivilschutz bei Natur- und Zivilisationskatastrophen zum Einsatz aufgerufen werden.

Zur Erfüllung dieses Auftrages kennzeichnen folgende Grundpflichten den Zivilschutz:

– Die Baupflicht:

Adressat dieser Pflicht ist der Ersteller eines Hauses; baupflichtig sind öffentliche oder private Bauherren. Die Schutzräume stellen das Rückgrat des Zivilschutzes dar und bieten zur Zeit etwa 85 % der Bevölkerung Zuflucht. Wenn auch diese Schutzbauten keinen absoluten Schutz gewähren, so erhöhen sie doch ganz erheblich die Überlebenschancen der Bevölkerung gegen die Auswirkungen einerseits von konventionellen, chemischen und auch nuklearen Waffen, und andererseits von Katastrophen wie von nuklearen oder chemischen Unfällen.

– Die Organisationspflicht:

Diese trifft die Gemeinden, die entweder allein oder gemeinsam mit Nachbargemeinden eine Zivilschutzorganisation aufzubauen haben. Hauptträger des Zivilschutzes sind somit die Gemeinden; sie sind es auch, die in erster Linie über die personellen und materiellen Mittel des Zivilschutzes verfügen.

– Die Schutzdienstpflicht:

Adressat dieser Pflicht ist der einzelne Bürger; schutzdienstpflichtig sind alle Männer zwischen dem 20. und dem 60. Altersjahr, die keinen Militärdienst leisten und die erwerbsfähig sind. Das sind heute rund 520 000 Personen. Frauen sind nicht zivilschutzpflichtig, können aber freiwillig in den Zivilschutz einbezogen werden, ebenso Ausländer.

Die Nichterfüllung der Schutzdienstpflicht

Gemäss Art. 84 Ziff. 1 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz (ZSG) wird mit Haft oder Busse unter anderem be-

straft, wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Aufgebot nicht befolgt; in schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis, womit Busse verbunden werden kann.

Unter diese Bestimmung fallen verschiedenartige Tatbestände:

– Fahrlässig handelt ein Zivilschutzpflichtiger dann, wenn er «ohne den Willen» ein Aufgebot missachtet und nicht einrückt, etwa weil er seinen Briefkasten nicht geleert und deshalb vom Aufgebot keine Kenntnis genommen oder seinen Wohnsitz verlassen hat, so dass ihn seine Post nicht erreicht.

– Vorsätzlich erfüllt ein Zivilschutzangehöriger seine Pflicht nicht, wenn er mit Wissen und Willen, das heisst in Kenntnis des Aufgebotes, nicht einrückt. Hier sind zwei Tatbestände denkbar:

– Der Zivilschutzpflichtige rückt aus persönlichen Gründen nicht ein, weil er sich zum Beispiel in die Ferien begeben hat oder ein Familienangehöriger erkrankt ist. Diese Art, die als «Versäumnis» bezeichnet werden kann, ist dadurch charakterisiert, dass der Pflichtige aus persönlichen Gründen handelt, die die Zivilschutzpflicht an sich nicht berühren: Der Pflichtige will sich nicht der Zivilschutzpflicht als solcher entziehen, sondern rückt nicht ein aus Gründen, die mit der Zivilschutzdienstpflicht als solcher nichts zu tun haben. Der Pflichtige ist also grundsätzlich nach wie vor bereit, seiner Pflicht nachzukommen.

– Art. 84 Ziff. 1 ZSG erfasst auch jene Fälle, in denen ein Zivilschutzpflichtiger einem Aufgebot nicht Folge leistet, weil er sich der Einrückungspflicht an sich entziehen will; etwa, weil er entweder dem konkreten Aufgebot aus Gründen, die ausschliesslich oder doch vorwiegend im Zivilschutz liegen, nicht Folge leisten will oder aber ganz grundsätzlich seine Zivilschutzdienstpflicht ablehnt. In solchen Fällen muss von Schutzdienstpflicht-Verweigerung gesprochen werden. Auf diese Art Verweigerung soll im folgenden näher eingegangen werden.

Die Verweigerung der Zivilschutzdienstpflicht im geltenden Recht

Art. 84 ZSG unterscheidet nur zwischen einfachen und schweren Fällen. Diese Unterscheidung legt nahe, die subjektiven Gründe des Pflichtigen als Unterscheidungsmerkmal für seine Handlungsweise heranzuziehen.

Zu den einfachen Fällen gehört also zu-

nächst das fahrlässige Nichtbefolgen eines Aufgebotes, aber auch die sogenannte «Versäumnis» (s.o.), durch die die Schutzdienstpflicht als solche in der Vorstellung des Täters nicht berührt wird. Weiter muss nach der dem Art. 84 Ziff. 1 ZSG innewohnenden Wertung die eigentliche Zivilschutzdienstverweigerung als schwerer Fall ganz besonders dann gelten, wenn der Pflichtige die Erfüllung der Schutzdienstpflicht überhaupt verweigert. Das heisst, wenn er erklärt, auch künftigen Aufgeboten nicht gehorchen zu wollen. Subjektiv stellt dies die denkbar schwerwiegendste einmalige Handlung dar, wie das Schweizerische Bundesgericht in einem wegweisenden Urteil erklärt hat.

Die strafrechtlichen Folgen der Zivilschutzdienstverweigerung

In schweren Fällen beträgt die Strafe nach Art. 84 Ziff. 2 ZSG «Gefängnis von drei Tagen bis drei Jahren», womit auch Busse verbunden werden kann. Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens ist eine Gefängnisstrafe auszufallen. Bisher war die kantonale Rechtssprechung recht uneinheitlich; sie reichte für Zivilschutzdienstverweigerung in der beschriebenen, schwersten Art von wenigen Tagen bis zu einem Monat Gefängnis.

In einem grundlegenden Entscheid hat das Schweizerische Bundesgericht erklärt, dass für einen Verweigerer, der in Friedenszeiten einen Einführungskurs von längstens fünf Tagen und jedes Jahr Dienstleistungen von höchstens zwei Tagen – also insgesamt mindestens 70 Dienstage – leisten müsste, eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen angesichts des gesetzlichen Strafrahmens als eher milde erscheint. In einem solchen Fall könnte also ohne weiteres – unter Rücksicht auf Beweggründe, Vorleben und persönliche Verhältnisse des Verweigerers – eine Gefängnisstrafe von mehreren Monaten ausgesprochen werden ohne Willkür zu verfallen. Andererseits erscheint aber mit Blick auf die Erwägungen des genannten Bundesgerichtsurteils eine Gefängnisstrafe von bloss mehreren Tagen als willkürlich mild.

Erklärt ein Verweigerer, er werde auch in Zukunft keinem Aufgebot Folge leisten, kann ihm der bedingte Strafvollzug nach der Rechtssprechung darum nicht gewährt werden, weil es an der erforderlichen günstigen Prognose fehlt: Der Verurteilte, der von vornherein eine weitere Deliktabsicht äussert, bekundet damit, sich auch in Zukunft nicht an Recht und Gesetz halten zu wollen.

Damit erfüllt er eine Grundvoraussetzung für die Gewährung des bedingten Strafvollzuges nicht: nämlich den Willen, sich innerlich und dauernd zu bessern. Daran ändert sich auch nach der Rechtssprechung nichts, wenn der Verurteilte aus der Zivilschutzpflicht aus-

geschlossen ist und damit objektiv nicht mehr in die Lage kommen wird, diese Dienstpflicht zu verweigern; nach der Rechtsprechung kann derjenige, der die Erfüllung einer gesetzlich verankerten Bürgerpflicht grundsätzlich verweigert, nicht für sich in Anspruch nehmen, dass ihm eine günstige Prognose gestellt wird.

Gemäss der am 1. Januar 1986 revidierten Zivildienstverordnung ist von der Schutzdienstpflicht auszuschliessen, wer wegen Schutzdienstverweigerung zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von mindestens 30 Tagen verurteilt worden ist. Damit ist dem Umstand Rechnung getragen, dass ein Grundsatzverweigerer nicht erneut aufgeboten und desselben Deliktes wegen mehrfach verzeigt und bestraft wird.

Schwerwiegende Frage – Strafmilderung?

Grundsätzliche Zivildienstverweigerer verlangen hin und wieder – ähnlich wie dies Militärdienstverweigerer tun –, die verwirkte Strafe sei zu mildern, da die Delinquenten aus ethischen oder religiösen Gründen, jedenfalls aber aus achtungswerten Beweggründen handeln. Nach Art. 64 des Strafgesetzbuches kann der Richter die Strafe mildern, wenn dem Täter «achtungswerte Beweggründe» zugebilligt werden können. Ob der Beweggrund achtungswert ist, beurteilt sich gemäss der Rechtsprechung nach der Rangordnung jener ethischen Werte, die von der Gemeinschaft anerkannt werden. Es genügt nicht, dass der Beweggrund nicht verwerflich ist. Er ist unabhängig von der Tat und ihrem Verhältnis zum verfolgten Zweck. Doch können die vom Täter vorausgesehenen Gefahren und Folgen der Tat eine so grosse Rücksichtslosigkeit bekunden, dass diese die Schuld mehr erhöht, als der an sich achtungswerte Beweggrund die Strafe zu mindern vermag. Politische Motive sind nicht an sich «achtungswert»; sie können es sein, können ethisch aber auch neutral oder gar verwerflich sein.

Handhabung beim Militär...

Den Strafmilderungsgrund des «achtungswerten Beweggrundes» hat das Militärstrafrecht verselbständigt – dies im Vergleich zum Zivildienstgesetz – und gemäss Art. 81 Ziff. 2 MStG den Militärdienstverweigerer privilegiert, der aus religiösen oder ethischen Gründen und in schwerer Gewissensnot handelt. Dieser privilegierte Tatbestand ist deshalb geschaffen worden, weil die Rechtsordnung denjenigen milder bestrafen will, der trotz allgemeiner Wehrpflicht grundsätzlich und aus religiösen oder ethischen Gründen und in schwerer Gewissensnot keine Waffe gegen einen andern erheben zu können glaubt. Eine politisch begründete Militärdienstverweigerung, etwa die Verweigerung, in der Schweiz Mi-

tärdienst zu leisten, gilt nicht als Privilegierungsgrund. Ebenso wenig gehört politisch motivierter Pazifismus dazu, etwa in der Form der Militärdienstverweigerung, «um ein Zeichen zu setzen».

...und beim Zivildienst

Art. 84 ZSG enthält keinen entsprechenden Privilegierungsgrund. Zu Recht nicht, weil der Zivildienst einem rein humanitären Zweck dient, keinerlei Kampfaufgaben versieht und der Zivildienst ohnehin eine nichtmilitärische Organisation darstellt. So ist die Weigerung, Schutzdienst zu leisten, weder religiös noch ethisch zu rechtfertigen, was ein Handeln in schwerer Gewissensnot unvorstellbar macht.

Auch der Strafmilderungsgrund des «achtungswerten Beweggrundes» nach der allgemeinen Bestimmung des Art. 64 StGB kann bei Zivildienstverweigerung nicht angerufen werden, da der Verweigerer der Gemeinschaft Erfüllung eines humanitären Dienstes versagte. Er bekundet damit eine zu missbilligende Einstellung.

Die von den «Schutzdienstverweigerern aus Prinzip» in der Regel geltend gemachten Gründe «einerseits fördere der Zivildienst einen nuklearen Krieg» und «andererseits könne der Zivildienst angesichts der Bedrohung keinen absoluten Schutz gewährleisten» verhüllen nur schlecht, dass offensichtlich ein persönlicher Dienst an der Gemeinschaft unseres Staates verweigert werden will. Solche Gründe sind denn auch nicht religiöser oder ethischer sondern politischer Natur: Durch die Ablehnung des Zivildienstes soll offensichtlich die schutzlos preisgegebene Bevölkerung den pazifistischen oder

anderen Anliegen der Promotoren der Zivildienstverweigerung gefügig gemacht werden.

Ausblick

In den letzten Jahren mussten auf über 500 000 Zivildienstpflichtigen zwischen 100 und 150 Personen jährlich wegen grundsätzlicher Schutzdienstverweigerung verurteilt werden und wurden zum Teil von der Schutzdienstleistung ausgeschlossen. Trotz dieser an sich geringfügigen Zahl, die bei weitem kein Promille erreicht, verdient die Frage der Schutzdienstverweigerung Beachtung. Das Problem liegt auf einer besonderen Ebene: wir haben uns in unserem demokratischen Staat in der Überzeugung zu leben angewöhnt, die beste aller möglichen und denkbaren Staatsformen zu besitzen; wir laufen Gefahr, dabei aus den Augen zu verlieren, dass es – ganz unabhängig von der Staatsform – immer eine Minderheit gibt, die mit unseren Institutionen nicht einverstanden ist und somit auch nicht bereit, sich gegebenenfalls zu überwinden und für das Ganze Opfer zu bringen. Wir müssen lernen, mit dieser Wirklichkeit zu leben – auch wenn wir sie missbilligen. Das bedeutet nicht, dass wir uns die Auffassung einer Minderheit aufdrängen lassen müssen, welche der Überzeugung der Mehrheit nicht entspricht.

Entscheidend für den Überlebenswillen unseres Staates ist allein, dass er von einer Mehrheit der Bevölkerung mit der Überzeugung getragen wird, sich in Unabhängigkeit zu behaupten wollen und hierfür mit Selbstverständlichkeit jeden erforderlichen Einsatz zu wagen. Nicht nur eine tatkräftige, entschlossene Regierung, nicht nur gute, klare und gerechte Gesetze, nicht bloss zweckmässige Institutionen, sondern auch und vor allem der unbedingte und erkennbare Willen jedes einzelnen, durch den eine deutliche Mehrheit getragen wird, sind es, die unseren Staat erhalten. Dies im Bewusstsein, dass dieser zwar bei weitem nicht vollkommen und nicht besser ist als andere, aber trotz all seiner Mängel verdient, erhalten zu werden. Ganz einfach deshalb, weil er unsere Gemeinschaft verkörpert. ▣

150 Jahre Militärjustiz in der Schweiz

red. Das Jubiläum war Anlass zu einem ersten gemeinsamen Rapport der rund 600 Angehörigen dieses Dienstzweiges der Schweizer Armee im März 1988.

Als Besonderheit zur Geschichte der schweizerischen Militärjustiz ist zu vermerken, dass die eidgenössischen Truppen bereits im Jahr 1838 – also vor der Gründung des Bundesstaates – einheitliche Gesetze für die Pflege des Strafrechtes erhalten haben.

Vor 1980 kannte das Militärstrafprozessrecht nur das beschränkte Rechtsmittel der Kassationsbeschwerde. Seit dem 1.1.1980 wurde die Möglichkeit der Appellation an besondere, neu eingerichtete Militärappellationsgerichte geschaffen.

Beim EMD beschäftigt man sich im Bereich Militärjustiz unter anderem mit folgenden Projekten:

Arbeitsverpflichtung statt Gefängnisstrafe für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, Drogenprobleme in der Armee, Pressedelikte und die Aufhebung des Militärstrafdetachements auf dem Zugerberg.

Le non à l'aide au prochain

Quelques réflexions sur le refus de servir dans la protection civile

Nature et activités de la protection civile

«Protéger, sauver et aider», voilà comment l'on peut définir les activités déployées par la protection civile. Sa mission principale consiste, en cas de guerre, à permettre au plus grand nombre possible d'habitants de survivre et à créer les conditions indispensables pour que la population puisse ensuite

Par André Moosbrugger, docteur en droit, Aarau

continuer à vivre. En outre, la protection civile peut également être mise sur pied pour intervenir lors de catastrophes d'origine naturelle ou technologique.

Les obligations de base qui caractérisent la protection civile dans l'accomplissement de cette mission, sont les suivantes:

– Obligation de construire:

Cette obligation vise celui qui construit une maison; y sont astreints les maîtres d'ouvrages publics ou privés. Les abris constituent l'épine dorsale de la protection civile. Ils offrent actuellement refuge à environ 85 % de la population. Même si ces abris ne peuvent pas garantir une protection absolue, ils augmentent très fortement les chances de survie de la population, confrontée d'une part aux effets des armes conventionnelles, chimiques et même nucléaires, et d'autre part aux conséquences des catastrophes résultant d'accidents nucléaires ou chimiques.

– Obligation de créer des organismes de protection:

Celle-ci concerne la commune qui doit mettre sur pied une organisation de protection civile, soit seule, soit en collaboration avec d'autres communes. Les communes sont donc les principales responsables de la protection civile; c'est elles également qui disposent, au premier chef, des moyens matériels et du personnel de la protection civile.

– Obligation de servir dans la protection civile:

Le citoyen est le destinataire de cette obligation. Sont astreints à servir dans la protection civile tous les hommes âgés de 20 à 60 ans qui ne doivent pas faire de service militaire et qui sont aptes au travail. 520 000 personnes sont actuellement dans ce cas. Les femmes ne sont pas astreintes à servir dans la protection civile, en revanche, elles peuvent s'y engager à titre volontaire. A certaines conditions, les étrangers peuvent également être incorporés dans la protection civile.

Le non-accomplissement de l'obligation de servir dans la protection civile

Selon l'article 84, chiffre 1, de la loi fédérale sur la protection civile (LPCi), quiconque, agissant intentionnellement ou par négligence, n'aura pas donné suite à un ordre de marche sera puni des arrêts ou de l'amende. Le chiffre 2 du même article souligne que dans les cas graves, la peine sera l'emprisonnement, qui pourra être cumulé avec l'amende.

Cette disposition légale vise des états de faits de diverses natures, à savoir:

– Agit par négligence, tout individu astreint à servir dans la protection civile qui ne donne pas suite à un ordre de marche et n'entre pas en service, sans que cela soit par volonté délibérée, mais par exemple parce qu'il ne lève pas le courrier de sa boîte aux lettres et n'a pas eu connaissance de l'ordre de marche ou qu'il a quitté son domicile, de telle façon que son courrier postal ne peut plus l'atteindre.

– Se soustrait intentionnellement à son obligation de servir, le membre d'un organisme de protection civile qui n'entre pas en service, le sachant et le voulant, c'est-à-dire en ayant pleine connaissance de l'ordre de marche. En l'occurrence, on peut imaginer deux états de faits:

– L'individu astreint à servir dans la protection civile n'entre pas en service pour des motifs personnels, par exemple parce qu'il est parti en vacances ou bien parce qu'un membre de sa famille est tombé malade. Cette manière d'agir, qui peut être considérée comme «une omission», est caractérisée par le fait que le conscrit agit pour des raisons personnelles, qui ne concernent pas l'obligation en tant que telle de servir dans la protection civile. En effet, le conscrit ne veut pas se soustraire à l'obligation de servir dans la protection civile comme telle, mais il n'entre pas en service pour des motifs qui n'ont rien à voir avec l'obligation de servir dans la protection civile. Dès lors l'appel est par principe prêt, comme par le passé, à accomplir son devoir.

– Mais l'article 84, chiffre 1, LPCi, vise également les cas dans lesquels une personne astreinte à servir dans la protection civile ne donne pas suite à un ordre de marche, parce qu'elle veut se soustraire à l'obligation de faire son service comme telle; en effet, ou bien elle ne veut pas donner suite à un ordre de marche déterminé pour des motifs qui concernent exclusivement ou principalement la protection civile, ou bien elle rejette par principe son obligation de servir dans la protection civile. En pareil cas, on

doit parler de réfractaire à l'obligation de servir dans la protection civile. Le refus de ce genre fera l'objet ci-après d'une discussion plus détaillée.

Droit en vigueur concernant le refus de servir dans la protection civile

L'article 84 LPCi fait la distinction entre les cas simples et les cas graves. Cette distinction appelle un examen des motifs subjectifs du réfractaire, qui sont de nature à expliquer ses agissements. On peut ranger parmi les cas simples tout d'abord la non-observation par négligence de l'ordre de marche, mais également l'«oubli» cité ci-dessus, deux attitudes qui, dans la conception de leur auteur, ne touchent pas à l'obligation de servir dans la protection civile en tant que telle. Par ailleurs, selon une interprétation conforme à l'article 84, chiffre 1, LPCi, le véritable refus de servir dans la protection civile revêt tout particulièrement un caractère de gravité, lorsque le conscrit refuse absolument d'accomplir son obligation de servir, c'est-à-dire lorsqu'il manifeste la volonté de désobéir à tout futur ordre de marche. Ainsi que l'a exposé le Tribunal fédéral suisse dans un arrêt qui fait autorité, une telle attitude constitue subjectivement l'acte non répétitif le plus grave que l'on puisse imaginer en la matière.

Conséquences pénales du refus de servir dans la protection civile

Aux termes de l'article 84, chiffre 2, LPCi, dans les cas graves, la peine sera l'emprisonnement de 3 jours à 3 ans, qui pourra être cumulé avec l'amende. La qualité de la peine doit être fixée à l'intérieur de ce cadre. Auparavant, la jurisprudence des cantons était fort partagée. En effet ceux-ci fixaient pour les cas les plus graves de refus de servir dans la protection civile des peines allant de quelques jours à un mois d'emprisonnement.

Dans un arrêt fondamental, le Tribunal fédéral a déclaré que pour un réfractaire, astreint à suivre en temps de paix un cours d'introduction de cinq jours au plus et à servir ensuite durant deux jours par année au maximum, c'est-à-dire en tout au moins durant 70 jours, une peine de 30 jours paraissait plutôt clémentine, compte tenu du cadre pénal posé par la loi. En pareil cas on peut fort bien prononcer – sans tomber dans l'arbitraire – une peine d'emprisonnement de plusieurs mois suivant les motifs, les antécédents et la situation personnelle du prévenu. D'un autre côté, dès lors compte tenu de l'appréciation du Tribunal fédéral dans l'arrêt précité, une peine d'emprisonnement de quelques jours seulement paraît arbitrairement clémentine.

Si le réfractaire manifeste la volonté ferme de ne pas donner suite dans le futur à tout ordre de marche, alors, selon la jurisprudence, on ne saurait lui

accorder le sursis à l'exécution de la peine, car le pronostic favorable exigé pour l'application de cette mesure lui fait défaut. En effet, le condamné qui manifeste dès le début son intention bien arrêtée de commettre d'autres délits, exprime par lui-même sa volonté de ne pas respecter le droit et la loi à l'avenir également. Ainsi il lui manque la condition fondamentale à laquelle est subordonné le sursis à l'exécution de la peine, à savoir: la volonté d'améliorer durablement son attitude. Le fait que le condamné soit exclu du service de la protection civile et que de la sorte, il ne soit objectivement plus en mesure de se soustraire à l'accomplissement de son devoir de servir, ne change rien à la jurisprudence. Selon celle-ci, en effet, la personne qui refuse systématiquement d'accomplir un devoir civique lui incombant aux termes de la loi, ne saurait se prévaloir d'un pronostic favorable.

L'ordonnance de la protection civile, qui a été révisée le 1^{er} janvier 1986, prescrit l'exclusion du service de la protection civile pour celui qui, en raison de son refus d'assumer les tâches qui lui sont confiées par la protection civile, a fait l'objet d'une condamnation ferme à une peine privative de liberté d'au moins 30 jours. Cette disposition permet de ne plus convoquer ce réfractaire, ce qui évite de devoir le condamner à plusieurs reprises pour le même délit.

Une question importante: l'atténuation de la peine?

A l'instar des objecteurs de conscience, les réfractaires avoués au service de la protection civile réclament sans cesse l'atténuation de la peine applicable. Ils argumentent en soulignant qu'ils agissent pour des raisons morales ou religieuses, qui sont dans tous les cas des mobiles honorables.

L'article 64 du Code pénal suisse prescrit que le juge pourra atténuer la peine lorsqu'il est possible de reconnaître au coupable des «mobiles honorables». Selon la jurisprudence, la question de savoir si un mobile est honorable s'apprécie d'après l'échelle des valeurs morales reconnues par la société en général. Il ne suffit pas que le mobile ne soit pas condamnable. Le mobile est indépendant de l'acte et de son rapport avec le but recherché. Pourtant les dangers prévisibles par l'auteur et les conséquences de son acte peuvent révéler une absence d'égards si grande, que celle-ci aggrave la faute bien davantage que le mobile honorable invoqué ne peut atténuer la peine. Les mobiles politiques ne sont pas, en tant que tels, «honorables». Certes ils peuvent l'être, mais moralement parlant, ils peuvent également être neutres ou même condamnables.

Le refus de servir dans l'armée...

Comparativement à la législation sur la protection civile, le droit pénal militaire traite de façon autonome le cas d'atténuation de peine tiré du «mobile honorable» et l'article 81, chiffre 2, du Code pénal militaire (CPM), accorde un statut privilégié à celui qui refuse de servir dans l'armée et qui a agi, du fait de ses convictions religieuses ou morales, à la suite d'un grave conflit de conscience. Cet état de faits privilégié a été admis, parce que l'ordre juridique entend atténuer la condamnation de celui qui, en dépit du devoir fondamental incombant à tout individu de défendre sa patrie, ne croit pas être autorisé à pointer une arme contre autrui, du fait de ses convictions religieuses ou morales, à la suite d'un grave conflit de conscience. Un refus de servir dans l'armée pour des motifs politiques, c'est-à-dire, le refus d'accomplir un service militaire dans l'armée suisse, ne justifie pas un statut privilégié. A plus forte raison, doit-on exclure tout privilège en cas de refus de servir, politiquement motivé par le pacifisme par lequel le réfractaire entend «exprimer un geste symbolique».

... et dans la protection civile

L'article 84 LPCi ne prévoit pas un statut privilégié correspondant. Cela se justifie, car la protection civile vise des objectifs purement humanitaires et n'a aucune mission combattive. Ainsi, on ne saurait justifier le refus de servir dans la protection civile par des mobiles religieux ou moraux; de la sorte, il est invraisemblable qu'un réfractaire puisse agir à la suite d'un grave conflit de conscience.

On ne saurait pas non plus invoquer, en faveur du réfractaire au service de la protection civile, le cas d'atténuation de la peine pour les «mobiles honorables» prévus à l'article 64 CPS, compte tenu de l'attitude particulièrement méprisante affichée à l'égard de la société par celui qui refuse systématiquement de servir dans la protection civile. En effet, en agissant de la sorte il refuse d'accomplir un service à caractère humanitaire.

Les personnes qui refusent de servir dans la protection civile par principe invoquent, en règle générale, les arguments selon lesquels la protection civile d'une part incite à la guerre nucléaire et d'autre part ne peut garantir aucune protection absolue, compte tenu de la menace. Ces arguments dissimulent mal la volonté des réfractaires de refuser ouvertement d'accomplir un service en faveur de la société de notre pays, en payant de leur personne. Leurs motifs ne sont ni religieux ni moraux mais bien politiques. Le rejet de la protection civile devrait apparemment rendre la population, dès lors sacrifiée et sans protection, plus attentive aux préoccupations pacifistes ou autres de ceux qui prônent le refus de servir dans la protection civile.

Perspectives

Au cours des dernières années, parmi les quelque 500 000 personnes astreintes à servir dans la protection civile, 100 à 150 ont été condamnées chaque année pour refus de servir par principe et ont été, pour une part d'entre elles, exclues du service de la protection civile. En dépit de ce chiffre insignifiant, qui n'atteint pas, tant s'en faut, le taux d'un pour mille, le problème du refus de servir dans la protection civile mérite qu'on s'y arrête. En effet, à mon sens, ce problème doit être examiné sous un angle particulier. Dans notre pays démocratique, nous avons l'habitude de vivre dans la conviction de posséder la forme d'Etat la meilleure qui se puisse imaginer. Mais, à cet égard, nous perdons complètement de vue qu'indépendamment de la forme de notre Etat, il existe toujours une minorité qui n'accepte pas nos institutions et dont les membres, par conséquent, ne sont pas disposés, le cas échéant à se surpasser et à faire un sacrifice pour l'ensemble de la collectivité. Je pense que nous devons apprendre à vivre avec ce désaveu. Mais cela ne signifie pas que nous devons nous laisser imposer le point de vue d'une minorité, qui n'emporte pas la conviction de la majorité. Ce qui est décisif pour que demeure la volonté de survivre dans notre Etat, c'est uniquement qu'il soit appuyé par une majorité de l'ensemble de la collectivité, persuadée de la nécessité de s'affirmer en toute indépendance et naturellement prête à engager ses ultimes ressources à cet effet. Il ne suffit pas d'avoir un gouvernement énergique et décidé, de disposer de lois bonnes, claires et justes et de posséder des institutions appropriées. Il faut encore et avant tout la volonté inconditionnelle et clairement reconnaissable en chacun de ceux qui forment une majorité claire et nette. En effet, c'est cette volonté qui maintient notre Etat; nous devons toujours avoir conscience, certes, qu'il n'est de beaucoup pas achevé et qu'il n'est pas meilleur que celui des autres, mais, en dépit de ses défauts, il mérite d'être maintenu tout simplement parce qu'il symbolise notre société. ▀

NEUKOM 

Mobilier pour centres de protection civile

études et projets, fabrication

H. Neukom SA
8340 Hinwil-Hadlikon
Téléphone 01/938 01 01

Il no al servizio per il prossimo

Alcune riflessioni sul tema: rifiuto dell'obbligo di servire nella protezione civile

Struttura e azione della protezione civile

«Proteggere, salvare, assistere»: così viene descritta l'attività della protezione civile: il suo compito principale è di permettere la sopravvivenza ad una parte più grande possibile della popolazione e di creare le premesse indispensabili per la continuazione della vita. Inoltre, la protezione civile può

Autore dell'articolo:

Dott. in legge André F. Moosbrugger, avvocato, tenente colonnello fraz SMEs, capo del servizio giuridico del Dipartimento dell'educazione del cantone Argovia.

essere chiamata ad intervenire in caso di catastrofi naturali e civili.

Per realizzare questo compito la protezione civile ha i seguenti obblighi:

- L'obbligo di costruire: quest'obbligo è destinato a chi costruisce un immobile; tutti i committenti pubblici o privati sono sottoposti a quest'obbligo. I rifugi costituiscono il pilastro principale della protezione civile e offrono riparo all'85% circa della popolazione. Anche se queste costruzioni non garantiscono la protezione assoluta, esse aumentano notevolmente le possibilità di sopravvivenza della popolazione dopo gli effetti di armi convenzionali, chimiche e anche nucleari da un lato, e di catastrofi o incidenti nucleari e chimici dall'altro.
- L'obbligo d'organizzazione: vale per i comuni che devono creare un'organizzazione di protezione civile da soli o con comuni vicini. I principali responsabili della protezione civile sono quindi i comuni. E sono proprio i comuni a disporre in primo luogo dei mezzi personali e materiali della protezione civile.
- L'obbligo di prestare servizio: vale per il singolo cittadino; sono obbligati a prestare servizio tutti gli uomini tra i 20 e i 60 anni, che non prestano servizio militare e sono atti a esercitare un'attività lucrativa. Si tratta oggi di circa 520 000 persone. Le donne non sono sottoposte all'obbligo, ma possono prestare servizio volontariamente. Lo stesso vale per gli stranieri.

La mancata osservanza dell'obbligo di prestare servizio

Secondo l'art. 84 cpv. 1 della Legge federale sulla protezione civile (LPCi) è punito con l'arresto o la multa chiunque, intenzionalmente o per negligenza, non dà seguito a una chiamata; nei casi gravi, la pena è la detenzione, cui può essere cumulata la multa.

- Una persona obbligata a servire nella protezione civile agisce «per negligenza» se «senza la sua volontà» non rispetta una chiamata e non entra in servizio, se per esempio non vuota la cassetta delle lettere e quindi non è al corrente della chiamata oppure ha lasciato il proprio domicilio e non riceve la posta.
- Una persona obbligata a prestare servizio non compie il suo dovere intenzionalmente se, di sua volontà, cioè pur essendo al corrente della chiamata, non entra in servizio. In questo caso sono possibili due fattispecie:
- La persona obbligata a servire non entra in servizio per motivi personali, ad esempio perché è andata in ferie o perché un parente è ammalato. Questa azione, che può essere definita come «mancanza», è caratterizzata dal fatto che la persona agisce così per motivi personali, che non riguardano l'obbligo di prestare servizio in sé. La persona non vuole sottrarsi alla protezione civile come tale, ma non entra in servizio per motivi che non hanno niente a che vedere con la protezione civile. Quindi la persona è sempre disposta a compiere il suo dovere.
- Ma l'art. 84 cpv. 1 LPCi contempla anche quei casi in cui una persona obbligata a servire non dà seguito ad una chiamata perché vuole sottrarsi all'obbligo di entrare in servizio, e questo per ragioni che hanno a che fare unicamente o soprattutto con la protezione civile oppure perché rifiuta per principio l'obbligo di servire nella protezione civile. In tali casi si può parlare di un vero rifiuto dell'obbligo di prestare servizio. E sono questi i casi da esaminare più a fondo.

Il rifiuto dell'obbligo di prestare servizio nel diritto vigente

L'art. 84 distingue tra casi di lieve entità e casi gravi, laddove la differenza si basa sulle ragioni soggettive che spingono la persona ad agire in un determinato modo. Come caso di lieve entità è considerato ad esempio il mancato rispetto di una chiamata per negligenza, ma anche la cosiddetta «mancanza» (vedi sopra), che non mettono in discussione l'obbligo di prestare servizio da parte della persona. Inoltre, secondo l'art. 84 cpv. 1 LPCi, deve essere considerato come caso grave quello in cui la persona obbligata a servire rifiuta per principio l'obbligo di prestare servizio, cioè quando dichiara di non voler obbedire alla chiamata anche in futuro. Da un punto di vista soggettivo, questo rappresenta l'azione più grave possibi-

le, come ha dichiarato il Tribunale federale in una sentenza determinante al proposito.

Le conseguenze penali del rifiuto di servire nella protezione civile

Secondo l'art. 84 cpv. 2 LPCi, nei casi gravi la pena è la detenzione da tre giorni a tre anni, cui può essere cumulata la multa.

Nell'ambito di questo lasso di tempo si deve comminare una pena detentiva. Fino ad oggi la giurisprudenza cantonale è stata piuttosto diversa da un luogo all'altro. Per un rifiuto di servire nella protezione civile del tipo più grave andava infatti da pochi giorni a un mese di detenzione. In una decisione determinante, il Tribunale federale ha dichiarato che una persona che rifiuta di servire in tempo di pace e non segue un corso d'introduzione di cinque giorni al massimo e ogni anno un servizio di due giorni al massimo, che quindi in tutto dovrebbe prestare servizio per almeno 70 giorni, dovrebbe scontare una pena detentiva di 30 giorni, il che, a parere del Tribunale federale, rappresenta una pena ancora mite, se si tiene conto delle disposizioni della legge. In un caso del genere si potrebbe quindi senz'altro, pur considerando le ragioni, il passato e le condizioni personali della persona, comminare una pena detentiva di parecchi mesi senza cadere in arbitrio. D'altro canto, però, considerate le riflessioni del Tribunale federale, una pena detentiva di solo alcuni giorni sembra arbitrariamente mite.

Se una persona che si rifiuta di servire dichiara di non voler obbedire alla chiamata anche in futuro, secondo la giurisprudenza non può essergli concessa l'esecuzione della pena condizionale perché manca la necessaria prognosi favorevole. Infatti il condannato che dichiara subito di voler persistere nel suo reato, indica che anche in futuro non ha intenzione di rispettare la legge. In tal modo non è soddisfatta una premessa fondamentale per la concessione dell'esecuzione condizionale della pena, cioè la volontà di correggersi interamente e per sempre.

E, secondo la giurisprudenza, ciò non si può cambiare anche se il condannato è stato escluso dall'obbligo di prestare servizio e quindi oggettivamente non sarà mai più nella situazione di poter rifiutare quest'obbligo. Secondo la giurisprudenza, chiunque rifiuta di compiere un dovere civile sancito dalla legge non può pretendere che gli venga concessa una prognosi favorevole.

In conformità all'ordinanza sulla protezione civile riveduta in data 1.1.1986, devono essere escluse dalla protezione civile le persone che per il rifiuto di servire sono state condannate a una pena privativa della libertà di almeno 30 giorni. In tal modo si vuole quindi evitare che una persona che rifiuta per principio di prestare servizio sia di nuovo convocata e quindi più volte de-

nunciata o condannata per lo stesso reato.

Una questione importante: quando si può concedere un'attenuazione della pena?

Diverse volte le persone che rifiutano per principio di servire nella protezione civile chiedono, come fanno anche gli obiettori di coscienza, che la pena comminata venga attenuata, perché all'origine del reato ci sono motivi etici o religiosi, in ogni caso comunque motivi onorevoli. Secondo l'art. 64 del Codice penale, il giudice può attenuare la pena se possono essere ascritti al colpevole «motivi onorevoli». Secondo la giurisprudenza si decide se un motivo è onorevole o no sulla base della classificazione di quei valori etici che sono riconosciuti dalla comunità. Non basta che il motivo non sia riprovevole. Esso non dipende dall'azione, e dal suo rapporto con lo scopo prefisso. Ma i pericoli e le conseguenze previste dal colpevole possono esprimere una tale mancanza di rispetto che quest'ultima aumenta la colpa enormemente. Quindi il motivo in sé onorevole non riesce certo ad attenuare la pena. I motivi politici non sono in sé «onorevoli»: possono esserlo, ma possono essere anche neutrali o addirittura riprovevoli.

Prassi nel settore militare...

Il diritto penale militare considera come ovvia la ragione di attenuazione del «motivo onorevole» — ciò in rapporto alla legge sulla protezione civile — e, secondo l'art. 81 cpv. 2 del Codice penale militare, privilegia l'obiettore di coscienza che agisce per motivi religiosi o in un grave conflitto di coscienza. Questa fattispecie privilegiata è stata creata perché l'ordinamento giuridico vuole punire in maniera più mite tutti coloro che, malgrado l'obbligo generale, per principio e per un grave conflitto di coscienza, credono di non poter puntare un'arma contro un'altra persona. Un rifiuto del servizio militare per mo-

tivi politici, come ad esempio il rifiuto di prestare servizio militare in Svizzera, non è considerato un motivo di privilegio. Lo stesso vale per il pacifismo di natura politica, che si esprime come rifiuto di prestare servizio militare, «per dare un esempio».

... e nella protezione civile

L'art. 84 LPCi non contiene motivi privilegiati. E a ragione, dato che la protezione civile serve a uno scopo umanitario, non prevede compiti di combattimento e rappresenta in ogni caso un'organizzazione non militare. Quindi il rifiuto di prestare servizio di protezione civile non si può giustificare con motivi religiosi o etici. E questo rende praticamente impossibile anche l'agire in un conflitto di coscienza.

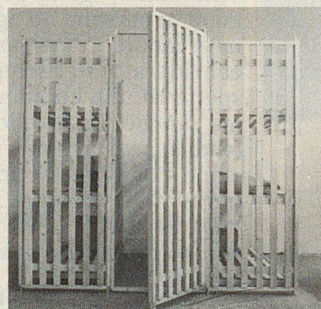
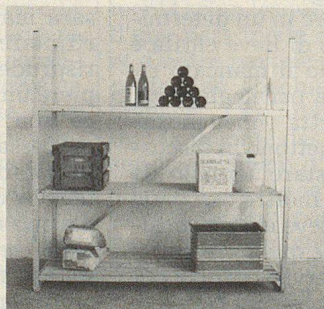
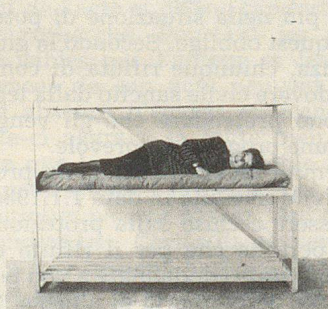
Anche il motivo di attenuazione della pena, il «motivo onorevole» previsto dall'art. 64 del Codice penale non può essere addotto come giustificazione per il rifiuto di servire nella protezione civile, considerato l'atteggiamento particolarmente riprovevole nei confronti della comunità, da parte di chi rifiuta di servire per principio, alla quale rifiuta appunto di compiere un servizio umanitario.

Le ragioni addotte da chi rifiuta per principio di servire nella protezione civile, e cioè che la protezione civile favorisce una guerra nucleare e che, in situazioni di reale minaccia, la protezione civile non può garantire la protezione assoluta, non riescono a nascondere la vera ragione, cioè che ci si rifiuta di prestare un servizio personale alla comunità del nostro stato. Tali motivi non sono dunque di natura religiosa o etica, ma di natura politica: rifiutando la protezione civile, la popolazione priva di ogni protezione può essere facilmente oggetto di manipolazioni da parte dei fautori del rifiuto di servire e essere così attirata dai loro ideali pacifisti o di altro genere.

Conclusioni e prospettive

Negli ultimi anni, su un totale di oltre 500 000 persone obbligate a servire nella protezione civile, sono state condannate o escluse dal servizio ogni anno da 100 a 150 persone per sostanziale rifiuto di prestare servizio. Malgrado il numero degli oppositori sia tutto sommato molto esiguo, il problema del rifiuto di servire deve essere considerato attentamente. A mio parere, la questione va esaminata su un piano particolare: nel nostro stato democratico ci siamo abituati a vivere convinti che la nostra sia la migliore di tutte le strutture statali possibili e immaginabili; così facendo abbiamo dimenticato che, a prescindere dalla struttura statale, c'è sempre una minoranza che non è d'accordo con le nostre istituzioni e che quindi eventualmente non è disposta ad andare al di là dei propri limiti e a sacrificarsi per il bene di tutti. Sono dell'avviso che dobbiamo cercare di tollerare l'esistenza di questo malcontento. Ciò non vuol dire che dobbiamo lasciarci imporre da una minoranza un'idea che non corrisponde alla convinzione della maggioranza. Per la volontà di sopravvivenza del nostro stato è importante che esso sia sostenuto da una maggioranza convinta di poter vivere nell'indipendenza e che per questo è pronta a impegnarsi al massimo. Non solo un governo efficiente, non solo leggi buone, chiare e giuste, non solo istituzioni adeguate, ma anche e soprattutto la volontà assoluta e ben riconoscibile di ognuno di noi, sostenuta da una chiara maggioranza: questo è quello che sostiene il nostro stato, nella consapevolezza che esso non è certamente perfetto né migliore di altri, ma che, malgrado le sue lacune, merita di essere sostenuto, per il semplice motivo che rappresenta la nostra comunità. ▀

Liegebett, Lagergestell, Keller-/Estrichabschrankung — alles in einem!



Die **PRIM-Mehrzweck-Schutzraumliegestelle** (Typ PRM 87) garantiert Ihnen einen vielseitigen Nutzen.

Bestellen Sie Ihre PRIM-Liegestelle noch HEUTE bei unseren Vertretern:

Triceps AG	041	33 25 05
Uni-System	031	34 38 78
Victor Meyer AG	062	23 11 22
Koch + Risi	071	67 67 19
Bernard Uldry	021	963 59 20
BKV SA de Conseils	037	23 19 23
Représentation G. Kolly	022	98 07 26
Eichenberger Sanitär AG	064	22 94 51



PRIM INDUSTRIAL LTD

Grand-Rue 97a 2720 Tramelan Telefon: 032 97 41 71 Telefax 032 97 41 76

**Internationale Fachtagung zu Fragen des Bevölkerungsschutzes
Eidgenössisches Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schwarzenburg (Schweiz)
9.-11. Mai 1988**

Schützen ist besser als retten und heilen

An der vom 9. bis 11. Mai 1988 im Eidgenössischen Zivilschutz-Ausbildungszentrum in Schwarzenburg durchgeführten internationalen Fachtagung zu Fragen des Bevölkerungsschutzes setzten sich über 80 Sachverständige aus 15 westeuropäischen Staaten und der Schweiz mit den modernen Bedrohungsformen, den Schutzvorkehrungen und -möglichkeiten gegen Gefahren aller Art sowie dem Weiterleben nach dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln und grossräumigen Katastrophenereignissen auseinander.

Nach einem eingehenden Informations- und Erfahrungsaustausch hielten die Teilnehmer folgendes fest:

1. Alle auf Wahrung des Friedens in Freiheit ausgerichteten nationalen Bestrebungen setzen einen möglichst umfassenden Schutz der zivilen Be-

völkerung voraus. Dabei kommt den vorsorglichen Massnahmen entscheidende Bedeutung zu, können doch keine noch so gut organisierten Rettungsvorkehrungen eine aktive Vorsorge vor Notlagen wettmachen. Je besser die Vorsorge- und Notfallplanungen, desto mehr bestehen für den einzelnen Menschen Chancen, Gefahrensituationen unversehrt zu überstehen. Insofern ist dem vorsorglichen Schutz der Bevölkerung am Wohn- und am Arbeitsort besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

2. Schutzvorkehrungen und Notfallplanungen, die für auch in Europa leider nicht auszuschliessende bewaffnete Konflikte getroffen werden, lassen sich ebenfalls bei Notlagen aller Art in Friedenszeiten nutzen. Es gilt dabei, günstige Voraus-

setzungen für einen möglichst zeitgerechten Einsatz der verfügbaren Schutz- und Rettungsmittel zu schaffen.

3. Massnahmen zum Bevölkerungsschutz haben humanitären Charakter, geht es doch darum, Schaden zu verhindern und zu lindern. Als solcher ist der Bevölkerungsschutz unter anderem auch in den Zusatzprotokollen zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen verankert worden. Er steht den allseits begrüssteten Bestrebungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung bzw. zur Friedensförderung und Friedenserhaltung keineswegs entgegen.
4. In Anbetracht der weiträumigen und nachhaltigen Wirkungen moderner Waffen wie auch technik- und naturbedingter Katastrophen ist die grenzüberschreitende Hilfeleistung ebenso auf bilateraler wie auf multilateraler Basis konsequent zu fördern. In diesem Sinne gilt es, insbesondere den zwischenstaatlichen Erfahrungsaustausch zu begünstigen, unter strikter Beachtung der nationalen Eigenständigkeit. ▲

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Informations- und Pressedienst

**Séminaire international sur la protection civile
Centre fédéral d'instruction de la protection civile, Schwarzenbourg (Suisse)
9-11 mai 1988**

Protéger vaut mieux que sauver et guérir

Au cours du séminaire international sur la protection de la population qui s'est déroulé du 9 au 11 mai 1988 au Centre fédéral d'instruction de la protection civile de Schwarzenbourg, plus de 80 spécialistes venant de 15 pays d'Europe occidentale et de Suisse se sont penchés sur les formes modernes de la menace, les mesures et les possibilités propres à parer aux dangers d'origines diverses ainsi que sur les questions liées à la survie à long terme après l'engagement de moyens de destruction de masse ou de catastrophes touchant de vastes espaces.

Au terme d'un échange nourri d'informations et d'expériences, les participants ont souligné ce qui suit:

1. Tous les efforts nationaux visant à garantir la paix dans l'indépendance impliquent une protection de la population aussi étendue que possible. Dans ce contexte, les mesures préventives ont une importance primordiale, car aucune disposition, aussi

parfaite soit-elle, mise en œuvre pour sauver une communauté sinistrée, ne pourra jamais remplacer un programme de protection préventive de la population menacée. Plus la prévention et la planification sont développées, meilleures sont les chances, pour la population, de survivre indemne à des situations dangereuses. A cet égard, il convient d'accorder une attention toute particulière à la protection préventive des habitants à leur domicile et à leur lieu de travail.

2. Les mesures propres à protéger la population contre les conséquences de conflits armés – dont on ne peut malheureusement affirmer qu'ils ne se produiront plus jamais en Europe – sont également efficaces lorsqu'il s'agit de maîtriser des situations d'urgence survenant en temps de paix. Ce qui importe en l'espèce, c'est de créer des conditions favorables à l'engagement rapide de tous

les moyens disponibles en matière de protection et de sauvetage.

3. Les mesures destinées à protéger la population ont un caractère humanitaire. Il s'agit en effet d'éviter que la population ne soit touchée par un événement extraordinaire et de faire en sorte que ses conséquences dommageables soient réduites autant que possible. A noter que les mesures visant à protéger la population sont expressément inscrites dans les protocoles additionnels aux conventions élaborées à Genève sous les auspices de la Croix-Rouge. Du reste, les mesures de protection de la population ne font nullement obstacle aux efforts louables entrepris en matière de maîtrise des armements et du désarmement ainsi que pour favoriser et maintenir la paix.
4. Etant donné les effets persistants et l'ampleur territoriale pouvant résulter des armes modernes ou de catastrophes technologiques ou naturelles, il convient de promouvoir, autant que faire se peut, l'entraide internationale par le biais de conventions bilatérales ou multilatérales. A ce sujet, il s'agit en particulier d'encourager l'échange d'expériences et d'informations entre les Etats, dans le strict respect de leur souveraineté nationale. ▲

Département fédéral de justice
et police
Service d'information et de presse

Seminario internazionale sulla protezione della popolazione
Centro d'istruzione federale della protezione civile Schwarzenburg (Svizzera)
9-11 maggio 1988

Proteggere è meglio che salvare e curare

Durante il seminario internazionale sui problemi relativi alla protezione della popolazione, tenutosi dal 9 all'11 maggio al Centro d'istruzione federale della protezione civile di Schwarzenburg, oltre 80 esperti provenienti da 15 Paesi dell'Europa occidentale e dalla Svizzera hanno discusso ampiamente dei problemi connessi con le moderne forme di minaccia, delle misure e possibilità di protezione dai pericoli di ogni genere nonché della sopravvivenza dopo l'impiego di mezzi di distruzione di massa e dopo catastrofi di grandi dimensioni. Sulla base di uno scambio approfondito di informazioni e di esperienze, i partecipanti hanno esaminato i seguenti problemi:

1. Ogni sistema di difesa nazionale finalizzato al mantenimento della pa-

ce ha come presupposto la più efficace protezione della popolazione. In questo contesto risultano particolarmente importanti le misure preventive, dato che anche i provvedimenti di salvataggio meglio organizzati non possono mai essere efficaci come un'attiva prevenzione delle situazioni d'emergenza. Quanto migliore è la prevenzione, tanto maggiori sono le possibilità per il singolo di superare incolume le situazioni più pericolose. In quanto a ciò, occorre valorizzare in particolare la protezione preventiva della popolazione.

2. Le misure di protezione prese per conflitti armati, che purtroppo non si possono escludere anche in Europa, possono servire anche nelle altre situazioni gravi in tempo di pace. In

questo caso bisogna realizzare le premesse più favorevoli per un impiego immediato degli strumenti di protezione e di salvataggio disponibili.

3. Le misure di protezione della popolazione hanno un carattere umanitario, poiché il loro scopo è di evitare o almeno di alleviare i danni subiti. La protezione della popolazione in quanto tale è sancita, tra l'altro, nei protocolli aggiuntivi alla Convenzione della Croce Rossa di Ginevra e non è assolutamente in contrasto con gli sforzi per ottenere il mantenimento della pace.
4. Considerati gli effetti estesi e duraturi delle armi moderne come pure delle catastrofi di ordine tecnico o di origine naturale, è necessario promuovere sistematicamente l'assistenza internazionale anche attraverso lo scambio di informazioni e di esperienze tra gli Stati. ▀

Dipartimento federale di giustizia e polizia

Servizio informazione e stampa

■ ■ ■ Franke baut vorschriftsgerechte Militär- und Zivilschutz- sowie Gemeindeküchen.

■ ■ ■ Wir bieten eine fachliche Beratung bei der Planung und Einrichtung, ein komplettes Programm an Küchenanlagen und Küchenzubehörartikeln sowie eine einwandfreie Montage und einen prompten Service.

Informations-Coupon

Bitte senden Sie uns ausführliches Dokumentationsmaterial über Militär-, Zivilschutz- und Gemeindeküchen.

Name: _____

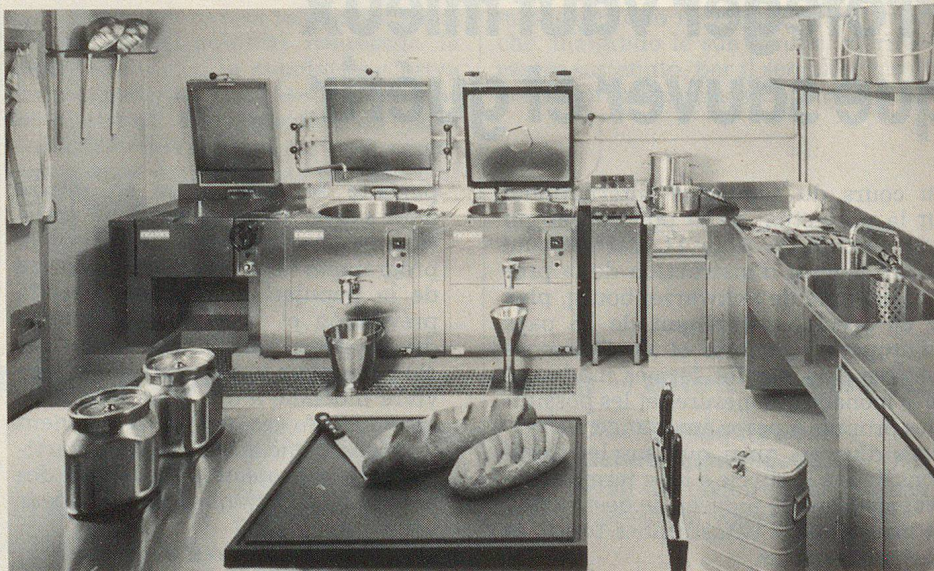
Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: Franke AG,
4663 Aarburg

Franke AG
CH-4663 Aarburg
Schweiz
Telefon 062 43 31 31

■ Technik



FRANKE

Spültische
Bäder
Verpflegungstechnik
Industrie

■ Qualität

■ Design

Öffentlichkeitsarbeit im Zivilschutz:

Eine Umfrage im und Lösungsvorschläge für den Kanton Zürich

*Erkenntnisse aus einer Gruppen-
diplomarbeit an der Höheren Wirt-
schafts- und Verwaltungsschule Zürich*

Der erste Ansatzpunkt unserer Arbeit zeigte sich beim Erarbeiten des Grundlagenmaterials. Wir konnten feststellen, dass uns eine wichtige Institution

Bericht von Christina Bernet, André Burgermeister,
Renate Egli, Thomas Huber, Thomas Lüthi,
Diplomanden 1987 der Höheren Wirtschafts- und
Verwaltungsschule Zürich.

bis heute kaum interessierte. War unsere Gleichgültigkeit gegenüber dem Zivilschutz einer mangelnden Öffentlichkeitsarbeit zuzuschreiben? Die Resultate der Gruppendiplomarbeit geben Auskunft, wo die Ursachen zu suchen sind.

Marktforschung

Für die Feldarbeit wählten wir die persönliche Befragung in Form eines standardisierten Fragebogens. Dieses Vorgehen erlaubt, den Interviewpartner zu motivieren, schafft eine rasche Kontaktmöglichkeit und erleichtert die Auswahl nach sozio-demographischen Merkmalen.

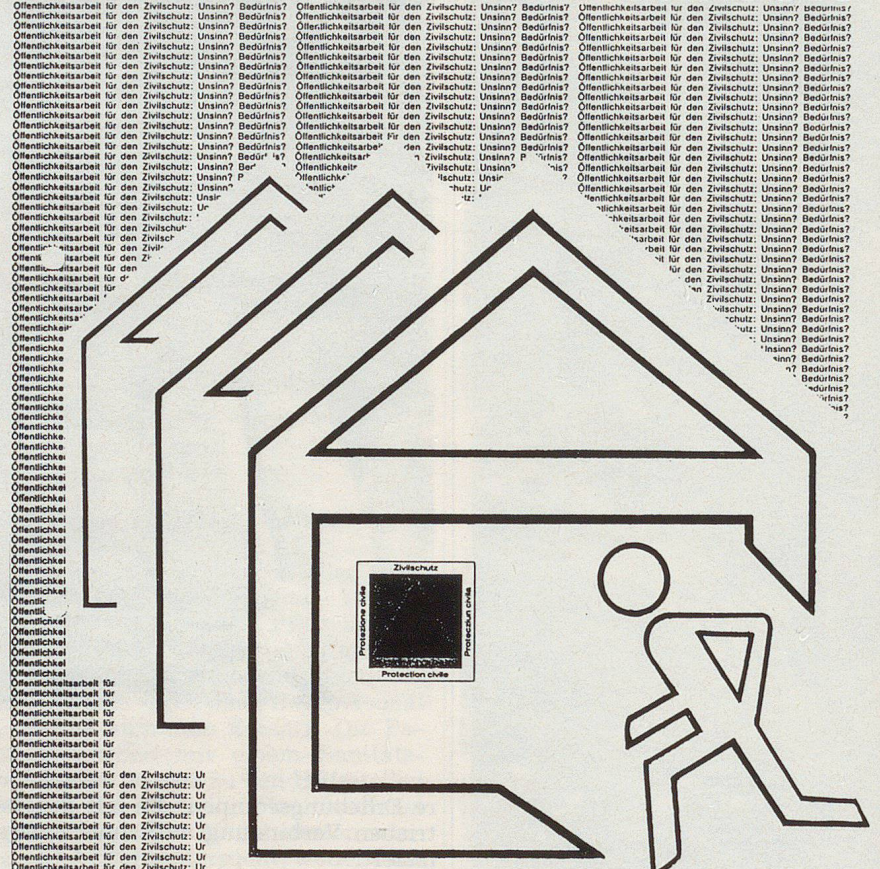
Eine umfassende Erhebung im ganzen Kanton Zürich war aus folgenden Gründen nicht möglich:

Will man Rückschlüsse aus einer gewählten Stichprobe auf die Grundgesamtheit schliessen (in diesem Fall auf den Kanton Zürich) müssten bestimmte Anforderungen in bezug auf Stichprobenauswahl und -zahl erfüllt werden. Wegen der kurzen Zeitspanne zwischen Aufgabenstellung und Abgabetermin der Arbeit, sowie der kleinen Gruppengrösse, war es nicht möglich die Repräsentativität der Umfrage zu sichern. Als zusätzliches Problem stellte sich die individuelle Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden. Aussagen aus der Bevölkerung sind jeweils stark gefärbt von den jeweiligen Anstrengungen einer spezifischen Zivilschutzgemeinde.

Um den Stand der Öffentlichkeitsarbeit des Zivilschutzes im Kanton Zürich an zwei Beispielen zu überprüfen, wählten wir die voneinander unabhängigen Gemeinden Horgen und Wetzikon. Einerseits wurde die ansässige Bevölkerung mittels eines Fragebogens interviewt, andererseits versuchten wir in einer Gruppendiskussion mit der Zivilschutzleitung die Absichten im Bereich Public Relations zu erfahren. Die somit erhaltenen Ergebnisse sind je-

Unsinn oder Bedürfnis?

Zivilschutz
und Öffentlichkeitsarbeit



Gruppendiplomarbeit HWV Zürich

doch nur auf die jeweilige Gemeinde anwendbar. Sie sind in diesem Sinn eine Anregung für das kantonale Amt für den Zivilschutz, bei Bedarf weitere Befragungen durchzuführen, um die Resonanz in der Bevölkerung gemeinde- weise zu überprüfen.

Resultate der Befragungen in der Bevölkerung

Die Befragung erfolgte vom 17. bis 30. Oktober 1987. Die Interviews wurden zu verschiedenen Tageszeiten, an verschiedenen Tagen und an verschiedenen Orten in den beiden Gemeinden durchgeführt. Unsere Eindrücke waren nicht immer positiv. Oft machten wir die Erfahrung, dass man wohl gerne geholfen hätte, aber über den Zivil-

schutz keine Auskunft geben wollte. Jedoch liessen sich die erforderlichen 70 Fragebogen pro Gemeinde mit Hartnäckigkeit ausfüllen.

Eine Auflistung aller Fragen an diesem Ort würde den Rahmen sprengen. Wir beschränken uns auf einige augenfällige Merkmale, die bei der Auswertung hervorstachen.

– 6 von 10 der Befragten sind der Meinung, dass der Schweizerbürger die Aufgaben des Zivilschutzes nicht kennt. 27 % glauben, dass die Leute in der Schweiz die Aufgaben wenigstens teilweise kennen und nur 15 % vermuten, dass der Schweizer weiss, welches die Aufgaben des Zivilschutzes sind. (Die Frage lautete: «Glauben Sie, dass die meisten Leute

- in der Schweiz die Aufgaben des Zivilschutzes kennen?».)
- Obwohl 58 % der befragten Personen der Meinung sind, dass die Aufgaben des Zivilschutzes bei der Bevölkerung nicht bekannt sind, haben 41 % das Gefühl, dass die verantwortlichen Leiter wissen, was wann zu tun wäre, und dass der Zivilschutz seiner Aufgabe gewachsen wäre. Es ist daraus zu schliessen, dass die Leute in den Zivilschutz Vertrauen haben, obwohl sie dessen Aufgaben nicht kennen.
 - «Hätten Sie gerne mehr Informationen über den Zivilschutz?» Auf diese Frage erhielten wir von 50 % der Befragten eine zurückhaltende Antwort. Diese Leute sind der Meinung, dass wenn man sich wirklich für den Zivilschutz interessiert, von der Gemeinde auch die gewünschten Informationen erhält. Solange jedoch kein Anlass besteht, genügt es zu wissen, dass die erforderlichen Informationen auf Abruf bereitstehen.
 - Diejenigen Personen, die sich für weitere Informationen interessierten, hatten die Möglichkeit ihre diesbezüglichen Wünsche zu äussern. Dabei standen Informationen über den «Schutzplatz für mich und meine Familie» an erster Stelle. Leider wissen 51 % der an mehr Informationen interessierten Personen nicht, dass im Telefonbuch das Zivilschutzmerkblatt zu finden ist.
 - «Bewerten Sie die Aufgabe der Katastrophenhilfe als sinnvoll oder nicht sinnvoll?» 94 % erachten die Katastrophenhilfe als eine wichtige Aufgabe. Sie hat einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung.

Gegenüberstellung Gemeinde Horgen mit Gemeinde Wetzikon

Eine Gesamtbetrachtung ergab nur geringfügige Abweichungen bei den beiden Gemeinden. Die Gemeinden sehen ihre Chance in einer klaren und sachlichen Aufklärung der Bevölkerung, um mit der Glaubwürdigkeit des Zivil-

schutzes eine solide Verankerung und Anerkennung in der Bevölkerung zu finden.

Für beide Gemeinden lässt sich festhalten, dass Männer dem Zivilschutz eine geringere Bedeutung beimessen als Frauen. Die Männer sind durch das Militär öfters mit den Gesamtverteidigungsgedanken konfrontiert. Die Frauen setzen sich dagegen mit den Zivilschutzaufgaben intensiver auseinander. Ihnen fehlt vielleicht die Absicherung, dass sie im Kriegsfall mit ihren Kindern genügend geschützt sind. Sie haben also ein direktes Interesse, sich mit einem möglichen Schutzraumbezug und dessen Einrichtung zu befassen.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Zivilschutz ist als Non-Profit-Organisation vom Markt der Individual- oder Privatgüter ausgeschlossen. Er ist keiner Konkurrenz-Situation ausgesetzt und muss keinen Gewinn erwirtschaften. Der Zivilschutz befindet sich also in der Situation des Nicht-Marktes. Gerade in dieser Lage ist es für eine Institution wichtig, eine vermehrte Marketing-Orientierung anzustreben. Die Alltagssprache zeigt sehr schön einen Aspekt dieses Problems. Man hört etwa, jener Politiker «verkaufe» sich schlecht, dieser Verein oder jene Organisation sei nicht «attraktiv» oder habe zu wenig «Profil». Damit werden eigentlich zwei Dinge ausgedrückt: Entweder die Leistung der Organisation ist ungenügend, bzw. nicht befriedigend, oder man gibt zwar zu, dass die Organisation (bzw. deren Leistung) gut ist, aber es gelingt ihr nicht, das ins Bewusstsein der Leute zu bringen. Aufgrund unserer Ergebnisse der Befragungen trifft für den Zivilschutz die zweite Möglichkeit zu: Es gelingt ihm nicht, seine Leistungen ins Bewusstsein der Leute zu bringen. Dies erreicht er nur mit einer angepassten PR-Strategie. Eine solche beinhaltet zum Beispiel eine Wandlung von einer Innenzentrierung zur Marktorientierung und von einer Dienstgesinnung zu einer Dienstleistungsgesinnung.

Mit der Abwendung von der selbstzweckhaften Innenzentrierung und der Hinwendung zur Bevölkerung in einer konsequenten Aussenorientierung ist ein entscheidender Schritt getan, der jedoch erhebliche Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei allen Beteiligten voraussetzt. (Diese Gedanken stammen hauptsächlich aus der folgenden Quelle: «Die Orientierung» Schriftenreihe der Schweizerischen Volksbank Nr. 88, mit dem Titel: «Management in Nonprofit-Organisationen».)

Lösungsvorschläge für den Kanton Zürich

Im Lauf unserer Arbeit haben wir festgestellt, dass die Gemeinden Anlaufstellen für die Bevölkerung sind. Für die Gemeinden ist es einfacher auf

ortsspezifische Gegebenheiten zu reagieren. Aufgrund dieser Tatsache empfiehlt es sich, die direkte Öffentlichkeitsarbeit in die Hände der Ortschefs zu legen und das kantonale Amt für den Zivilschutz als beratende und koordinierende Instanz anzusehen. Das kantonale Amt soll in diesem Sinn zu einer Art Drehpunkt für Auskünfte über die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden werden.

Die zum Teil schon vorhandenen Informationsmittel, die sich als recht zweckmässig erweisen, (z.B. Telefonbuch), gilt es attraktiver zu gestalten und vor allem mit geschickter Platzierung vermehrt in das Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen.

Frauen sind ein wichtiges Zielpublikum für den Zivilschutz. Sie sind in einem Kriegs- oder Katastrophenfall stark auf den Zivilschutz angewiesen. Ausserdem sind es die Frauen, die im Bereich der Schutzraumbetreuung einen wertvollen Beitrag leisten könnten. Die Katastrophenhilfe wird von der Bevölkerung als ebenso wichtig erachtet, wie der Schutz im Kriegsfall.

Schlussfolgerungen

Der Zivilschutz sieht sich einer schweren Aufgabe gegenüber. Er muss sich um Gebiete kümmern, die nur allzuverständlich von der Bevölkerung oft verdrängt werden. Die Bevölkerung befasst sich ungern mit Katastrophen und Kriegsgedanken. Wobei letztere schon in weite Ferne gerückt scheinen.

Dieser Ablehnung gegenüber muss sich der Zivilschutz behaupten und versuchen, die notwendige Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Dass diese Aufgabe nicht leicht ist, zeigt sich anhand manchmal recht herber Kritik.

Im Lichte dieser Situation muss der Zivilschutz versuchen, seine Ziele sachlich darzulegen und seine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen. Nur so wird es ihm gelingen, mit gezielten und dosierten Marketinganstrengungen den Zivilschutzgedanken bei einer breiten Bevölkerungsschicht zu festigen. Dass dabei ein wichtiger Impuls aus den eigenen Reihen kommt, ist von grosser Wichtigkeit. Das heisst, dass positive Gedanken nur dann in die Bevölkerung getragen werden, wenn die Verhältnisse im Innern der Organisation stimmen. Die Zivilschutzangehörigen tragen mit einer guten Motivation massgeblich dazu bei, den Namen des Zivilschutzes aufzuwerten. Dieser Gedanke lässt sich mit einer adäquaten und zeitgemässen Ausbildung leicht verfolgen.

Wie der Zivilschutz den Anforderungen der Zukunft gerecht wird, darf man gespannt verfolgen. Wir sind jedoch überzeugt, dass sich der Zivilschutz mit der Beibehaltung der Offenheit und mit der Anpassung an die geänderten Tatsachen (wozu nicht zuletzt die heutigen neuen Bedrohungsformen gezählt werden müssen) noch massgeblich verbessern kann. ▀

Integrierter Bestandteil der Ausbildung zum Betriebsökonom HWV ist die Ausarbeitung einer Gruppendiplomarbeit. Anhand dieser Arbeit soll festgestellt werden können, ob die Studenten fähig sind, ein Thema klar, sachgemäss und formgerecht zu behandeln. Die Schulleitung der HWV behält sich in allen Fällen die Themenauswahl vor. Zuteilt werden diese an die einzelnen Gruppen Studenten mittels Los. So erhielt die Gruppe 4 der Klasse 34 am 3. Juli 1987 folgenden Auftrag für die Diplomarbeit: «Öffentlichkeitsarbeit im Zivilschutz: Unsinn oder Bedürfnis? – Eine Umfrage im und Lösungsvorschläge für den Kanton Zürich.»

Für die Zeitschrift «Zivilschutz» werden nebenstehend die im Zusammenhang mit dem Auftrag gesammelten Erfahrungen der Gruppenmitglieder wiedergegeben.

La pubblicità dans la protection civile:

Absurdité ou nécessité?

Une enquête et des propositions de solution pour le canton de Zurich

En 1987 l'Ecole supérieure d'économie et d'administration de Zurich a donné à un groupe d'étudiants un travail de diplôme ayant pour titre «La publicité dans la protection civile: absurdité ou

De Christina Bernet, André Burgermeister, Renate Egli, Thomas Huber, Thomas Lüthi, diplômés 1987 de l'Ecole supérieure d'économie et d'administration de Zurich

nécessité?» Ce travail devait être élaboré pour le canton de Zurich. Les étudiants ont choisi pour leur enquête les communes de Horgen et Wetzikon, qui sont indépendantes l'une de l'autre, dont ils ont ensuite interrogé la population à l'aide d'un questionnaire et en organisant des discussions de groupe. Cette enquête, par ailleurs non représentative, a donné, entre autres, les résultats suivants:

- sur dix personnes consultées, six sont de l'avis que le citoyen suisse ne connaît pas les tâches de la protection civile. 27 % croient qu'en Suisse, les gens connaissent au moins partiellement ces tâches et 15 % présumant que les Suisses savent quelles sont les missions de la protection civile.
- bien que 58 % des personnes interrogées estiment que la population ne connaît pas les tâches incombant à la protection civile, 41 % ont le sentiment que les chefs responsables savent ce qui devrait être fait, à quel moment et pensent qu'au besoin, la protection civile saurait faire face à sa mission.
- «Souhaiteriez-vous recevoir davantage d'informations sur la protection civile?» Cette question a suscité des réponses réservées de la part de 50 % des personnes questionnées, qui estiment que si l'on s'intéresse vraiment à la protection civile, on peut obtenir auprès de sa commune les informations souhaitées. Toutefois, en l'absence de motifs cruciaux, il suffit de savoir que les informations nécessaires peuvent être obtenues à première réquisition.
- Les personnes qui souhaitaient obtenir d'autres informations ont eu la possibilité de le manifester. A cet égard, l'information qui a été demandée le plus souvent portait sur «les places protégées pour moi et pour ma famille».
- «Estimez-vous que les tâches d'aide en cas de catastrophes ont une raison d'être ou sont dénuées de sens?» 94 %

des personnes interrogées considèrent l'aide en cas de catastrophes comme une tâche importante. Cette aide revêt une importance considérable dans l'opinion de la population.

Les réponses données ne divergent guère d'une commune à l'autre. En outre on peut constater de façon générale que les hommes semblent accorder à la protection civile une importance moins grande que ne lui vouent les femmes, lesquelles débattent de manière plus approfondie des questions touchant la protection civile et manifestent surtout un grand intérêt pour les abris et pour l'installation de ceux-ci.

Ainsi que le constate le groupe d'étudiants, en tant qu'organisation non lucrative, la protection civile n'est exposée à aucune concurrence et ne doit dégager aucun profit. Voilà précisément pourquoi il faut promouvoir une «information-marketing» plus large. Il faut remplacer le système actuel centré

sur l'intérieur de la protection civile (c'est-à-dire un système où l'attention est portée sur l'organisation interne), par un système où l'information est orientée sur les besoins du marché et il faut également changer la manière de penser, en ne concevant plus la protection civile en termes de service mais en l'imaginant en termes de prestation de services. Ce n'est que de cette façon que la protection civile parviendra à capter vivement et durablement l'attention et la conscience de la population sur ses tâches et ses prestations.

Les propositions d'améliorations possibles mentionnées pour le canton de Zurich sont les suivantes:

- transférer les tâches concernant la publicité au chef local,
- adopter une conception et une présentation attrayantes des moyens d'information (par exemple, les pages PC des annuaires téléphoniques),
- prendre davantage en considération les femmes, qui constituent un «public-cible» important pour l'information sur la PC,
- tenir compte de la valeur très grande que possède l'aide en cas de catastrophe dans l'opinion de la population. ■

Informazione dell'opinione pubblica sulla protezione civile:

Un'assurdità o un bisogno effettivo?

Un'inchiesta condotta nel cantone di Zurigo e le relative proposte di soluzione.

Un gruppo di studenti della Scuola Superiore d'economia e d'amministrazione di Zurigo ha ricevuto nel 1987 l'incarico di preparare un lavoro di gruppo sul tema: «Informazione dell'opinione pubblica nella protezione civile: un'assurdità o un bisogno effettivo?» Il tema era riferito al cantone di Zurigo. Gli studenti hanno scelto come campioni i comuni di Horgen e Wetzikon, del tutto indipendenti l'uno dall'altro, e hanno chiesto il parere della popolazione con un questionario e organizzando discussioni di gruppo.

- 6 persone su 10 sono del parere che il cittadino svizzero non conosce i compiti della protezione civile. Il 27 % crede che la gente in Svizzera conosca i compiti della protezione civile almeno in parte e solo il 15 % suppone che gli svizzeri sappiano quali sono i compiti della protezione civile.
- Sebbene il 58 % delle persone sia del parere che la popolazione non conosce i compiti della protezione civile, il 41 % ha l'impressione che i dirigenti

ti responsabili sappiano che cosa ci sia da fare e che la protezione civile sia all'altezza dei suoi compiti.

- «Desidera altre informazioni sulla protezione civile?» A questa domanda il 50 % ha risposto in modo un po' evasivo. Queste persone sono del parere che chi si interessa veramente di protezione civile riceve dal comune anche tutte le informazioni che desidera. Se però non c'è nessuna occasione particolare, basta sapere che le informazioni esistono e che si possono richiedere in ogni momento.
- Alle persone che si interessano maggiormente alla protezione civile è stata offerta la possibilità di esprimere le loro richieste in merito. Le informazioni più richieste sono state quelle sul «posto protetto per me e la mia famiglia».
- Alla domanda: «Considera l'aiuto in caso di catastrofe un compito importante o no?» il 94 % ha risposto affermativamente, dimostrando che un tale compito gode di grande considerazione nella popolazione.

Nei due comuni considerati le risposte

alle domande sono state molto simili. Si può inoltre constatare che, nell'insieme, sembra che gli uomini attribuiscono alla protezione civile una minore importanza rispetto alle donne, le quali invece si occupano con più attenzione dei problemi della protezione dei civili e sono molto interessate soprattutto al rifugio e al suo arredamento.

Il gruppo di lavoro ha rilevato che la protezione civile come organizzazione non deve affrontare una concorrenza e non deve realizzare un profitto. Proprio perciò si deve cercare di darle un'ade-

guata «struttura di marketing» e tentare di spostare l'interesse e l'attenzione rivolti all'interno dell'organizzazione verso l'esterno, verso il mercato. Solo se riuscirà a diventare un'organizzazione che offre effettive prestazioni di servizio, la protezione civile potrà far capire alla popolazione l'importanza del suo compito e dei suoi servizi a lunga scadenza. Come proposte di miglioramento, il lavoro del gruppo prevede, per il cantone di Zurigo, le seguenti possibilità:

- affidare l'informazione dell'opinione pubblica ai capi locali
- modificare i mezzi d'informazione e presentarli in maniera da renderli più interessanti (ad es. le pagine degli elenchi telefonici riservate alla protezione civile)
- considerare maggiormente le donne come pubblico importante per l'informazione sulla PCi
- tener conto del grande valore che la popolazione attribuisce all'aiuto in caso di catastrofe. ■



Kanton Basel-Landschaft

Auf das **Amt für Zivilschutz** suchen wir auf 1. Juli oder nach Vereinbarung eine/n interessierte/n

Mitarbeiter/in

(Ref. Nr. 109)

für ein **50 % Pensum** (job sharing) mit kaufm. Berufslehre und mehreren Jahren Berufserfahrung. Ausübung der vorgesehenen Tätigkeit später als Ganztagsstelle nicht ausgeschlossen.

Wir erwarten

- Eignung zur Führung von Personal
- Buchhaltungskennntnisse sind Bedingung
- EDV-Kennntnisse sind erwünscht
- Bereitschaft zur Einarbeitung in den Verwaltungsdienst und in das Kontrollwesen

Offerten mittels offiziellem Bewerbungsformular sind raschmöglichst zu richten an das

Kantonale Personalamt
4410 Liestal
Telefon 061 925 52 32

Equipement d'abris

- Lits pour abris privés
- Lits pour personnel
- Casiers à effets
- WC à sec
- Séparations de toilettes
- Séparations de caves transformables en lits
- Etagères/Rayonnages
- Entretien d'abris

Autier Abri Service
2, route des Ravières
1258 Perly GE

Téléphone 022 71 19 50



Für unsere Zentralen Schutzdienste suchen wir einen

Chefinstruktor der Betriebsschutzstelle EMD

Er ist verantwortlich für die vorschriftsgemässe Instruktion auf theoretischer, taktischer und technischer Stufe in Kursen, Übungen und Rapporten aller Zivilschutzdienste. Erarbeiten und Überprüfen von Ausbildungsprogrammen. Bearbeiten aller organisatorischen, technischen und taktischen Vollzugsmassnahmen der Betriebsschutzleitung, der Quartierleitung, des Nachrichtendienstes und des AC-Schutzdienstes.

An den zukünftigen Inhaber dieser abwechslungsreichen Arbeit stellen wir folgende Anforderungen:

- Abgeschlossene kaufm. oder techn. Berufsausbildung
- Fundierte Kennntnisse in den Belangen der Feuerwehr und des Zivilschutzes
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- Pädagogisches Geschick und Erfahrung im Umgang mit Personen
- Of oder höherer Uof oder zivile Führungserfahrung
- Sinn für Zusammenarbeit

Wenn Sie glauben, diesen Anforderungen zu genügen, würden wir uns freuen, Sie demnächst näher kennenzulernen.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Hr. Kobel von unserem Personaldienst gerne zur Verfügung (Tel. 033 28 24 27).

Interessenten bitten wir, uns ihre Bewerbung mit den üblichen Beilagen einzureichen.

EIDG. MUNITIONSFABRIK THUN,
Personaldienst
Allmendstrasse 74, 3602 Thun